

Willkommen dem
«Nidwaldner Freisinn»
in der Kopfblatt-Familie



Seiten 11 bis 14



Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

AZB
3001 Bern

Franz Georg Mahr
Dr. Schweiz, Landeshauptstadt
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Herausgeberin/Redaktion Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail gs@fdp-prd.ch Internet www.fdp.ch	Inserate Kretz AG Verlag und Annoncen General Wille-Strasse 147 8706 Feldmeilen Telefon 01 925 50 60 Fax 01 925 50 77 E-Mail fdp.annoncen@kretzag.ch Internet www.kretzag.ch	Layout/Druck NZZ PRINT Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 ISDN 01 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
---	---	---

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

24. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Inhalt



Keine Experimente

Eine Kürzung
der Arbeitszeit können
wir uns nicht leisten.

4

Hohe Beteiligung

Beim ersten Kreuzwort-
rätsel im «Freisinn» haben
sich über 300 Leser
beteiligt.

7



FDP-Frauen in Amerika

Ein interessanter Einblick
ins politische Leben
der USA.

16

JF-Kongress

Die Jungfreisinnigen
treffen sich in der
Ostschweiz.

19

Anzeige

InnoTherm
Öl-Kondensations-
heizungen sparen
10% Heizöl.

INNO THERM
InnoTherm AG · Talackerstr. 14 · 8274 Tägerwilen
Telefon 071 669 28 82 · Fax 071 669 28 87

Das Beste, aber auch das Teuerste...

10-Punkte-Programm der FDP zum Gesundheitswesen

Die Schweiz hat zweifellos eines der besten, aber auch eines der teuersten Gesundheitswesen der Welt. Jahr um Jahr steigen die Prämien. Fünf Jahre nach der Einführung des KVG ist klar, dass zwei der drei Zielsetzungen erreicht wurden.

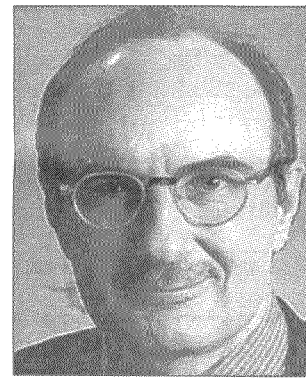
Von FDP-Nationalrat Felix
Gutzwiller, Präsident
Ausschuss Gesund-
heitspolitik (ZH)

Das dritte Ziel allerdings, die Kostenkontrolle, wurde klar nicht erfüllt. Die Umsetzung des Gesetzes wurde zudem nicht mit dem nötigen politischen Führungswillen an die Hand genommen. Die Prognose ist zudem eher ungünstig. Die Prämienspirale wird sich weiter drehen. Dafür gibt es bekannte Gründe, etwa die Alterung, die hohe Dichte an Ärzten und an medizinischen Einrichtungen, aber auch der durchaus erwünschte Innovationschub in der Medizin, vor allem aber die fehlenden Anreize zu kostengünstiger, qualitätsorientierter Arbeit aller Partner im Gesundheitswesen.

Dieses überproportionale Wachstum ist zum einen dort erwünscht, wo heute innovative und wirksame Leistungen erbracht wer-

den, zum anderen dort unerwünscht, wo Überkapazität und Ineffizienz vorhanden sind. Natürlich bezahlen wir nicht mehr den Preis von 1950, aber wer wollte noch das Gesundheitswesen von 1950? Zudem weitet sich die Grauzone zwischen den Abbauvorgängen des normalen Alterns und den Krankheitsrisiken laufend aus. Es sind nicht mehr Risiken versichert, sondern eine breite Leistungspalette von medizinischen Leistungen.

Das 10-Punkte-Programm der FDP zur nachhaltigen Reform des Gesundheitswesens sieht eine wettbewerbliche Reform innerhalb von staatlichen Rahmenbedingungen vor. Dabei steht das konsequente Umsetzen von wirtschaftlichen Anreizen im Gesundheitswesen im Vordergrund, insbesondere durch die umfassende Reform der Spitalfinanzierung und die Lockerung des Vertragszwanges zwischen Leistungserbrin-



Felix Gutzwiller.

gern und Versicherern. Im Rahmen eines Versicherungskonzeptes auf drei Pfeilern ist die Basisversicherung auf medizinisch begründete Leistungen ausgerichtet, welche über den selbstgewählten wechselbaren Grundversorger gesteuert werden.

Das 10-Punkte-Programm sieht weiter einen verbesserten wettbewerblichen Rahmen für die Versicherer sowie transparente Informationen für die Versicherten vor.

Eine Projektorganisation sorgt für die zügige Umsetzung der Reform. Ein nationaler Gesundheitsrat ist für die heute fehlende politische Konzertation der Entscheidungsträger im Gesundheitswesen verantwortlich.

Fünf Jahre nach der Einführung des KVG braucht es nicht überhastete Einzelmassnahmen, sondern einen mutigen Schritt in der Umsetzung einer durchdachten Strategie.

Basisversicherung:

- Ziel: hohe Qualität, Innovation, medizinisch begründete Leistungen.
- Medizinische Leistungen sind (meistens) nicht einfach falsch oder richtig, sondern falsch oder richtig angewendet.
- Medizinisch begründete Leistungen: («indiziert»)
 - entsprechen Richtlinien der Fachgesellschaften bzw. der Managed-Care-Organisationen (Adäquate Indikation)
 - basieren auf Kriterien der «Evidenz-basierten Medizin» (EBM) (Kosten-Nutzen-Verhältnis, effektive Wirksamkeit «sicher wirksame Leistungen», unklare oder eher nicht wirksame Leistungen bzw. Medikamente gehören nicht zur Basisversicherung)
 - werden konstant überprüft (Zertifizierung, Akkreditierung, Qualitätssicherung).

000063

Das 10-Punkte-Programm der FDP zum Gesundheitswesen

- 1 **Neue Vertragsfreiheit für Partner**
- 2 **Subventionierung von Krankheitsfällen statt von Spitalern**
- 3 **Versicherungsmodell auf drei Pfeilern: Selbstverantwortung, Basisversicherung, Zusatzversicherung**
- 4 **Sozialer Ausgleich**
- 5 **Wettbewerblicher Rahmen für Versicherer**
- 6 **Prämienkontrolle unternehmerisch gestalten**
- 7 **Risikoausgleich verlängern**
- 8 **Versicherte transparent informieren**
- 9 **Projektorganisation Gesundheitswesen zur Umsetzung Reform**
- 10 **Neue Strukturen im Gesundheitswesen: Nationaler Gesundheitsrat**

Patrick Schläpfer folgt auf Lukas Jegher

Präsidentenwechsel bei den Jungfreisinnigen der Stadt Zürich.

Die Jungfreisinnigen der Stadt Zürich (JFZ) haben an ihrer Mitgliederversammlung den neuen Vorstand gewählt. Dabei wurde Patrick Schläpfer einstimmig als Nachfolger von Lukas Jegher zum Präsidenten gewählt. In der Leitung wird er unterstützt durch die beiden Vizepräsidenten Thomas G. Albert und Patrick Nosari. Weiter wurde der Vorstand mit Heinz Tschabold (Quästor), Marc Berthoud (Sekretär), Matthias Baumgartner und Tamar Schidlow kompetent ergänzt. Die Ziele für das Wahljahr 2002 sind die



Patrick Schläpfer

Wahl jungfreisinniger Kandidaten in den Gemeinderat, eine grössere Medienpräsenz sowie eine verstärkte Online-Parolenfassung unter my.jfz.ch. ■

Wann ist das Dutzend voll?

Bündner haben wieder ihren «Freisinn»

Nach einem Unterbruch von über einem Jahr erschien mit der ersten Nummer des neuen Jahres wiederum die Parteizeitung «Bündner Freisinn». Das ursprüngliche Projekt einer eigenen Zeitung musste aus verschiedenen Gründen nach eingehenden Diskussionen wieder begraben werden.

Von Silvio Zuccolini,
Pressechef FDP
Graubünden

Die FDP-Geschäftsleitung sah sich deshalb veranlasst, die frühere Zusammenarbeit mit der FDP Schweiz wieder zu reaktivieren und den «Bündner

Freisinn» wie früher als Kopfblatt erscheinen zu lassen. Die erste Nummer des neuen/alten «Bündner Freisinn» ist schwerpunktmässig den kommenden Regierungsratswahlen, im Speziellen dem Regierungsratskandidaten Martin Schmid, gewidmet. Der

«Bündner Freisinn» erscheint in neuer, ansprechender Aufmachung. Nebst der FDP Graubünden macht auch eine grosser Teil weiterer FDP-Kantonalparteien mit diesem Kopfblattsystem mit der FDP Schweiz mit. Als weitere Kantonalpartei stiess mit der heutigen Nummer die Kantonalpartei Nidwalden dazu. Diese nützt den «Liberalen Nidwaldner» vor den Wahlen zu einer Streuung im ganzen Kanton. ■



Ja zur Uno am 3. März 2002

Ja zu einer selbstbewussten und souveränen Schweiz

Die Aussenpolitik unseres Landes gründet auf vier tragenden Säulen. Neutralität, verbunden mit den Guten Diensten, eine verlässliche Sicherheitspolitik, universelle politische und wirtschaftliche Beziehungen sowie die direkte Demokratie. In der Aussenwirtschaftspolitik geht es in erster Linie um die Wahrung der nationalen Interessen. Im Gegensatz zur Axt auf dem Plakat, welche vorgibt, die Neutralität zu zerschlagen, wird die Politik bei einem Uno-Beitritt nicht geschwächt, sondern gestärkt.

Von Nationalrat
Gerold Bührer, Präsident
der FDP Schweiz

In einer vernetzten Welt will heute kein Land mehr abseits stehen. Verharrt die Schweiz in selbstgewählter Isolation, so wird sich dies auf unser Land längerfristig negativ auswirken. Dies betrifft nicht nur die Politik, sondern auch die Wirtschaft. Internationale Probleme wie Terrorismus oder globale Erwärmung können von Einzelstaaten allein nicht gelöst werden. Es bedarf einer internationalen Zusammenarbeit. Wer wider besseres Wissen etwas anderes behauptet, handelt nicht im Interesse der Schweiz.

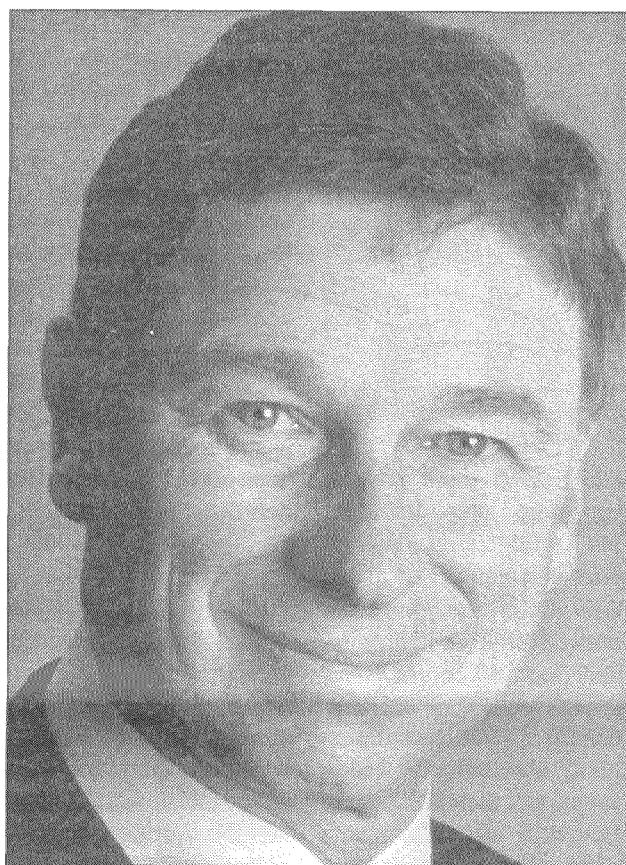
Beachtliche Erfolgsbilanz

Nicht nur die Welt, sondern auch die Uno hat sich seit

1986 grundlegend verändert. Unter der Federführung von Generalsekretär und Friedensnobelpreisträger Kofi Annan sind gewichtige institutionelle Reformen in Gang gekommen, welche der Uno zu einer beachtlichen Erfolgsbilanz verholfen haben. Das im Abstimmungskampf von 1986 vielgehörte Prädikat «Schwatzbude» wird denn heute auch aus dem Munde hartnäckigster Uno-Gegner zu Recht kaum mehr vernommen.

Bei der Verwendung der Gelder mitbestimmen

Bereits heute ist die Schweiz Mitglied zahlreicher UN-Spezialorganisationen wie der Weltgesundheitsorganisation (WHO), dem Kinderhilfswerk (Unicef) oder der internationalen Arbeitsorganisation



Gerold Bührer

(ILO). Des Weiteren ist die Schweiz dem Internationalen Währungsfonds sowie der Weltbank beigetreten. In den Uno-Hauptorganen, wie der Generalversammlung, ist die Rolle unseres Landes auf diejenige eines Beobachters reduziert. Dies obwohl hier über Themen entschieden wird, welche auch die politischen

und wirtschaftlichen Interessen der Schweiz tangieren. Es soll und darf nicht länger so sein, dass die selbstbewusste und souveräne Schweiz in den Uno-Unterorganisationen mitarbeitet und finanzielle Beiträge leistet, ohne jedoch in der Generalversammlung über den Verwendungszweck dieser Gelder mitbestimmen und die schweizerischen Interessen auch direkt vertreten zu können.

Die Schweiz bleibt neutral

Sagt die Schweiz am 3. März 2002 Ja zur Uno, so bleibt sie dabei neutral – immer und zu jeder Zeit.

An der Neutralitätspolitik müssen gegenüber der heutigen Praxis keine Abstriche gemacht werden. Im Gegensatz zur Abstimmung von 1986 wird der Uno dieser Neutralitätsvorbehalt ausdrücklich und unmissverständlich mitgeteilt. Die Schweiz wird weder gezwungen, sich an kriegerischen Kampfhandlungen zu beteiligen, noch Truppen in ein fremdes Land zu entsenden. Wer etwas anderes behauptet, sagt nicht die Wahrheit. Die Uno ist eine Organisation souveräner Staaten. Mit anderen Worten: Die Gestaltung der Aussenpolitik liegt weiterhin in unseren Händen. In wichtigen Fragen hat mittels Referendum das Volk das letzte Wort. Sämtliche neutralen Länder sind denn auch Mitglieder der Uno.

Die Schweiz will ihre Interessen im Rahmen der Völkergemeinschaft wahrnehmen. Sie will ihrer Stimme Gehör und Nachachtung verschaffen. Heimatgefühle und das Vertrauen in den besonderen schweizerischen Weg werden deshalb nicht ausgeblendet. Darum sagen wir Ja am 3. März 2002. ■

Schweiz - Uno
bewährte Partnerschaft

JA

www.schweiz-uno.ch

«Nein» zu gefährlichen Experimenten

Volksinitiative «für eine kürzere Arbeitszeit (36 Stunden)»

Die Volksinitiative «für eine kürzere Arbeitszeit» klingt verlockend. Doch bei einer Annahme hätte die Initiative unüberblickbare negative Auswirkungen auf die Wirtschaft, die Arbeitsplätze und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Die heutige rechtliche Regelung hat sich bewährt. Lassen wir die Frage der Arbeitszeiten und der Löhne auch in Zukunft Angelegenheit der Sozialpartner sein und lehnen diese Initiative klar ab.



Edi Engelberger.

leicht auch mehr Freiheit verlockend sein. Trotzdem bin ich überzeugt, dass es jetzt und heute Herrn und Frau Schweizer, jüngeren und älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, nicht um die Anzahl der wöchentlichen Arbeitsstunden geht, sondern sie wollen vielmehr Sicherheit und Stabilität am Arbeitsplatz und eine vertrauenswürdige Perspektive für die Zukunft.

Von FDP-Nationalrat Edi Engelberger, Stans

Die Volksinitiative «für eine kürzere Arbeitszeit» mag auf den ersten Blick vor allem im Zusammenhang mit mehr Freizeit und viel-

Keine Perspektive

Diese Perspektive bringt die mühsam zustand gekommene Gewerkschaftsinitiative nicht, und ihre rigorosen Forderungen mit einer gesetzlich verankerten maximalen Jahresarbeitszeit von 1872 Stunden und einer durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von 36 Stunden sind für das Gewerbe und die Wirtschaft, aber auch für einen gesunden Staat unakzeptabel.

Echte Bedrohung

Kurzum, diese Initiative hätte – mit gleichzeitiger Lohngarantie – unüberblickbare negative Auswirkungen auf die Wirtschaft und ihre Arbeitswelt und würde schliesslich zusätzlich die Wettbewerbsfähigkeit bedrohen. Sie hätte Auswirkungen auch auf das Gewerbe, vor allem auf die KMU, aber zusätzlich auch auf die Landwirtschaft, das Gastgewerbe und den Tourismus, die zwangsläufig auf höhere Arbeitszeiten angewiesen sind. Dazu kommt noch die höchst fragwürdige Überstundenregelung als Ziel dieser Initiative. Genügend negative Beispiele. Zusammengefasst: Diese Initiative stellt, wie auch schon frühere, die falschen Forderungen zum falschen Zeitpunkt und ist abzulehnen.

Wir können und wollen es uns nicht leisten, mit der Senkung auf 36 Wochenstunden den KMU und der Wirtschaft einen solchen innerbetrieblichen Kraftakt

aufzubürden. Denn nur wer das schon einmal miterlebt und durchgemacht hat, weiss, was für Sorgen und Leid das für den Unternehmer und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeuten kann. Ich erinnere an das Beispiel der grafischen Branche, an die Senkung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden. Damals gingen in der grafischen Industrie viele Betriebe ein, andere waren dem Ruin nahe, und das Gros der Unternehmer wurde in seiner unternehmerischen Handlungsfreiheit in Bezug auf Neuinvestitionen und Neuausrichtungen, die von der Technologie her dringend notwendig gewesen wären, um mehrere Jahre zurückgeworfen.

Können wir uns nicht leisten

Man weiss, es trifft nicht unbedingt die ganz kleinen Betriebe, es trifft aber insbesondere die mittelgrossen Betriebe mit acht bis hundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das ist das Gros der schweizerischen KMU. Eine solche Belastung mit starren Quoten auf Verfassungsebene können wir uns nicht leisten.

Sache der Sozialpartner

Die heutige rechtliche Regelung hat sich bewährt. Lassen wir die Frage der Arbeitszeiten und der Löhne auch in Zukunft Angelegenheit der Sozialpartner sein, die in der Lage sind, haus-

gemachte, den unterschiedlichsten Bedürfnissen der verschiedenen Branchen und Betriebe angepasste partnerschaftliche Lösungen zu treffen, mit denen auch eine gewisse Flexibilisierung der Arbeitszeit gefördert werden kann.

Ich empfehle Ihnen deshalb, ohne Wenn und Aber am 3. März ein unmissverständliches «Nein» zu dieser masslosen Initiative in die Urne zu legen. ■

Impressum

Schweizer Freisinn

24. Jahrgang
Erscheint monatlich in einer beglaubigten Auflage von 70 800 Exemplaren.

Herausgeberin/Redaktion
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Redaktion: Ruedi Schläpfer (rus). Für die Kantonsseiten die jeweilige Kantonalpartei.
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail schlaepfer@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

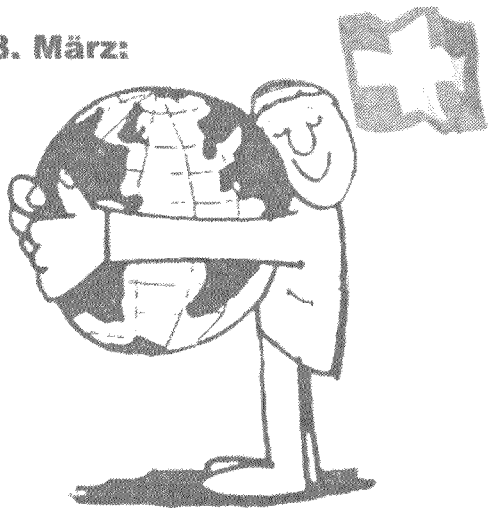
Inserate

Kretz AG
Verlag und Annoncen
General Wille-Strasse 147
8706 Feldmeilen
Telefon 01 925 50 60
Fax 01 925 50 77
E-Mail fdp.annoncen@kretzag.ch
Internet www.kretzag.ch

Layout/Druck

NZZ PRINT
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 01 258 15 02
Fax 01 258 18 99
ISDN 01 773 11 15
(alle Protokolle)
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

Am 3. März:



Ja zur UNO!

Einfacher, klarer und rationeller

Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen nützt allen

Der schweizerische Föderalismus kennzeichnet sich durch eine äusserst feine räumliche Struktur, in welcher Kantone und Gemeinden über weitreichende und gegenseitig eng verflochtene Kompetenzen verfügen.

Von Marianne Kleiner-Schläpfer, Regierungsrätin AR und Vizepräsidentin FDP Schweiz

Gleichzeitig stellt der Finanzausgleich im engeren Sinne die nötigen Mittel zur Verfügung, damit diese Aufgaben effizient und mit möglichst geringem Aufwand erfüllt werden können. Der optimale Grad der Zentralisierung oder Dezentralisierung wird mit dem Subsidiaritätsprinzip und dem Äquivalenzprinzip verfolgt.

Dem «Trittbrettfahren» im Bereich der Agglomerationsleistungen wirkt ein interkantonaler Lastenausgleich entgegen, der auch regional massgeschneiderte Lösungen fördert.

Feingliedrige Strukturen

Der schweizerische Föderalismus kennzeichnet sich durch eine äusserst feine räumliche Struktur, in welcher Kantone und Gemeinden über weitreichende Kompetenzen verfügen. Das bringt eine Reihe von Vorteilen mit sich, darunter neben der horizontalen Gewaltentrennung eine zusätzliche, vertikale Machthemmung, welche sich unter anderem in einer fast filigran zu nennenden Aufteilung und Unterteilung der Aufgaben und ihrer Finanzierung äus-

sert. Diese Strukturen sind seit über 150 Jahren nahezu stabil geblieben, während Politik, Wirtschaft und Gesellschaft tiefgreifende Strukturveränderungen erfahren haben.

Die Aufgabenteilung und ihre Finanzierung müssen sich inzwischen den Vorwürfen gefallen lassen, sie seien undurchsichtig und kompliziert geworden. Die Verteilung der Macht ist zwar eine der segensreichen Folgen, die sich aus dem Föderalismus in unserem bundesstaatlichen Gefüge ergeben. Sie trägt aber die Gefahr in sich, zu immer komplizierteren und letztlich undurchschaubaren Strukturen zu führen. Eine teilweise Mitverantwortung bringt eine teilweise Mitfinanzierung und eine teilweise Mitentscheidung, damit aber auch eine Verknüpfung der Beiträge der verschiedenen Ebenen an die Erfüllung ein und derselben Aufgabe. Im Extremfall werden so lediglich noch «Subventionen ausgelöst». Das System verknüpft zusätzlich die Bundesanteile mit der Finanzkraft. Das wiederum setzt falsche Anreize: wer mehr ausgibt («auslöst»), bekommt mehr.

Stärkung des Föderalismus

Soll der Föderalismus als identitätsstiftendes Ele-



Marianne Kleiner-Schläpfer.

ment der Schweiz erhalten bleiben, muss er sich in mehrfacher Hinsicht modernisieren.

Bund und Kantone profitieren gleichermassen von der Klärung der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Die NFA vereinfacht und klärt die Aufgabenausscheidung zwischen Bund und Kantonen. Gleichzeitig stellt sie über den Finanzausgleich im engeren Sinne die nötigen Mittel zur Verfügung, damit diese Aufgaben selbständig erfüllt werden können. Der Anreiz, durch Ausgaben Bundessubventionen auszulösen, entfällt.

In der Aufgabenzuweisung sind aber die Vorteile der Dezentralisierung und der Zentralisierung sorgfältig gegeneinander abzuwägen. Es ist zweifellos rationeller, wenn der Bund seine Armee allein ausrüstet, ohne dass die Kantone darin eine Teilaufgabe wahrnehmen. Es ist ebenso sinnvoll, wenn die Altersvorsorge nur durch den Bund und die Direktbeteiligten, also Arbeitgeber und Arbeitnehmer, finanziert wird, ohne dass den

Kantonshaushalten hierfür ebenfalls Mittel entzogen werden, die ihnen danach zum Teil über Subventionen wieder zugeführt werden müssen.

Umgekehrt führt es zu offensichtlich besseren Lösungen, wenn die Kantone Fragen des Agglomerationsverkehrs oder der Heim- und der Spitalplanung unter sich lösen und ihr kulturelles Leben ohne Zutun des Bundes gestalten.

Die Kantone gewinnen

Diese Stärkung des Föderalismus, welcher durch die Subventionsabhängigkeiten schleichend zugrunde zu gehen drohte, stellt eine der wichtigsten Errungenschaften der NFA dar: die maximale Verflechtung durch ein optimales Gleichgewicht zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung ersetzen. Der Grundgedanke des Föderalismus besteht darin, die Aufgaben denjenigen Staatsebenen zuzuordnen, die sie am besten erfüllen können. Dazu soll jede Ebene über die notwendigen Mittel verfügen. Diesem Ziel dient der Finanzausgleich im engeren Sinne. Der optimale Grad der Zentralisierung oder Dezentralisierung wird mit dem Subsidiaritätsprinzip und dem Äquivalenzprinzip verfolgt.

Statt jede einzelne Aufgabe auf verschiedene Ebenen aufzuteilen, soll nach dem Subsidiaritätsprinzip in einem Bundesstaat die übergeordnete Gebietskörperschaft eine Aufgabe nur dann übernehmen, wenn

sie diese nachweislich besser erfüllen kann als die untergeordneten Einheiten.

Das Äquivalenzprinzip zielt darauf ab, dass der Kreis der Nutzniesser oder Empfänger öffentlicher Leistungen sich möglichst mit demjenigen der Kosten- und Entscheidsträger deckt. Vereinfacht ausgedrückt: Wer eine Leistung nachfragt, soll darüber entscheiden können, wie sie erfüllt wird, und soll für die entstehenden Kosten auch selbst aufkommen. Das berührt drei Ebenen: jene der Kompetenzverlagerung, jene der Finanzierungsverantwortung und jene der «räumlich externen» Kosten.

Während die Kompetenzverlagerung eine bedarfsgerechte Angebotssteuerung (z. B. im Heimbereich) zum Ziel hat, will die Finanzierungsverantwortung vor allem Anreize setzen, welche die Bestrebungen um effiziente Leistungserbringung fördern.

Ein Problem eigener Prägung stellen die «räumlich externen Kosten» oder «Spill-overs» dar, welche daher rühren, dass z. B. Randgebiete vom Angebot einer Agglomeration profitieren, ohne daran finanziell beteiligt zu sein. Hier setzt die NFA auf einen direkten Lastenausgleich unter den beteiligten Gemeinwesen. Dadurch gewinnen die Regionen die Freiheit, die jeweils für sie beste Lösung zu finden und auf die für sie rationellste Art zu verwirklichen. ■

Ungelöstes Problem Transit

Zeitlich abgestufte Vorschläge im Interesse der Bürger

Die Grenzblockaden der italienischen Camionneure waren inakzeptabel – das ist klar. Aber der gebetsmühlenartige Verweis auf die schweizerische Umlagerungspolitik, die in einigen Jahren dann schon greife, löst das Transitproblem auf der A2 auch nicht. Die FDP hat UVEK-Vorsteher Moritz Leuenberger ein Schreiben zukommen lassen, dessen Inhalt hier veröffentlicht wird (mit Zwischentiteln versehen).

Von FDP-Generalsekretär
Guido Schommer, Bern

Die Situation im alpenquerenden Verkehr ist äusserst unerfreulich: Neben den volkswirtschaftlichen Schäden insbesondere für die Kantone entlang der A2 finden Grenzblockaden statt, die zu einem zeitweisen Unterbruch der Versorgung der Schweiz von Süden her führen. Das sind aus Sicht der FDP unhaltbare Zustände. Die FDP hat in einem Strategiepapier festgehalten, wie sie die Ausgangslage, die Ziele sowie die zu unternehmenden Schritte zur Verbesserung der Situation beurteilt. Diese Massnahmen müssen stets im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sein, sei es als Anwohner, als Konsument, als Chauffeur oder als Unternehmer.

Ausgangslage: Unzumutbare Zustände

- Schliessung des Gotthardtunnels zwischen Ende Oktober und Ende Dezember 2001 wegen Unfallbrands.
- Abschluss Bauarbeiten für besseren Sicherheitsstandard Ende April 2002.

- Zustand Mitte/Ende Januar: max. 3500 Fahrten pro Tag (gegenüber rund 5000 vor der Schliessung, Zahlen ohne Cars) bei Einbahnverkehr im 4-Stunden-Rhythmus mit Fenstern morgens und abends (sog. «Grünzeiten») für den kleinen Binnenverkehr.
- Die Verhältnisse auf der Autobahn A2 im Umfeld der Warteräume sind weder für die Anwohner noch für die Chauffeure zumutbar. Die ausgestellten Lastwagen und die zirkulierenden Personen stellen ein zusätzliches Sicherheitsrisiko dar.
- Das System nennt sich «Dosierung» und wurde nötig, weil das UVEK die politische Verantwortung für Lastwagen-Gegenverkehr im Gotthardtunnel nicht übernehmen will.
- Ersatzangebote (Bahnverlad) werden zu wenig genutzt, um eine echte Entlastung der A2 zu bewirken.
- Mit dem Baubeginn für einen zweiten Gotthardtunnel (und damit richtungsgetrenten Röhren) ist im Falle eines positiven Volksent-



Guido Schommer.

scheids (Avanti oder Gegenvorschlag) erst in einigen Jahren zu rechnen.

- Das gegenwärtige Regime hat erhebliche volkswirtschaftliche Kosten insbes. im Binnenverkehr und für die direktbetroffenen Kantone Tessin und Uri zur Folge.

Ziel: Probleme angehen statt verschieben

- Kurzfristig: Verbesserung der unhaltbaren Situation für den Binnenverkehr, den Transitverkehr und die Anwohner.
- Mittelfristig: Erhöhung der Sicherheit, Verflüssigung des Schwerverkehrs und Rückkehr zur normalen Kapazität.
- Langfristig: Umsetzung Schweizerische Verlagerungspolitik mit der Fertigstellung der zwei Bahntransitachsen so rasch wie möglich und besserer Sicherheit dank zweiter Gotthardröhre einige Jahre danach.

Kurzfristig: Lockerung des Nacht- fahrverbots als un- erfreuliche Alternative

- Verstärkte aussenpolitische Kooperation zur Verbesserung der Verkehrslenkung gemeinsam mit Deutschland, Frankreich, Österreich und Italien (Verkehrslenkung bereits vor der Schweizer Grenze). Der Transit ist nicht nur ein Schweizer Problem.
- Sobald es die Schnee-Verhältnisse erlauben: Wiedereröffnung des Gotthardpasses. Zulassung aller Fahrzeugkategorien ausser Anhänger-Lastwagen.
- Aufrechterhaltung des Bahnverlads Brunnen-Lugano und befristete Verbilligung des Verlagerungsangebots für den Binnenverkehr.
- Prüfung von «Kreiselverkehr» für geeignete Fahrzeugkategorien (zum Beispiel Nord-Süd-Verkehr über Gotthard, Süd-Nord über San Bernardino) sowie zusätzliche Lenkung über den Grosse St. Bernhard / Simplon.

Die unerfreuliche Alternative, die beim Ausbleiben von zielführenden Massnahmen des Bundes droht, ist die Lockerung (befristet und zeitlich begrenzt) des heute geltenden Nachtfahrverbots zur Entleerung der Warteräume.

Die unerfreuliche Alternative, die beim Ausbleiben von zielführenden Massnahmen des Bundes droht, ist die Lockerung (befristet und zeitlich begrenzt) des heute geltenden Nachtfahrverbots zur Entleerung der Warteräume.

Mittelfristig: Begleitete Rückkehr zur Normalität

Nach Fertigstellung der zusätzlichen Sicherheits-

massnahmen im Gotthardtunnel Ende April 2002:

- Aufhebung der Dosierungsmassnahmen und des Einbahnverkehrs.
- Beibehaltung, allenfalls Ausbau der Sicherheitsmassnahmen im LKW-Verkehr (z. B. Abstandsregeln).
- Weitere Lenkungsmassnahmen für den Transitverkehr ab Einfahrt in die Schweiz (Verteilung auf die verschiedenen Achsen).
- Anstrengungen zur besseren Nutzung der Bahnverlad-Kapazitäten über die Grenzen hinaus (prioritär durch aussenpolitische Kooperation mit Deutschland und Italien).
- Verstärkung des Drucks auf Italien zur Fertigstellung des Anschlusses Novara-Domodossola.

Langfristig: Mehr Sicherheit dank zweiter Röhre, ausreichend Kapazität dank Verlagerungs- politik

Sobald politisch und vom Baufortschritt her möglich:

- Fertigstellung der Bahntransitrouten und Umsetzung der Verlagerungspolitik (inkl. Koordination Logistik und Material mit Ausland) gem. FDP-Positionspapier zur Verkehrspolitik vom August 1998.
- Bau einer zweiten, richtungsgetrenten Gotthardt-Tunnelröhre (gem. FDP-Strategiepapier Gegenvorschlag Avanti vom 8. Juni 2001) ■

Spielerisch-kreatives Denken

Walter Vogel gestaltet künftig Abstimmungsrätsel im «Freisinn»

Walter Vogel kennt man im Thurgau vor allem als Kantonsrat, in dem er seit zehn Jahren die Freisinnige Fraktion präsidiert, als Präsidenten des evangelischen Kirchenrates und als ehemaligen Sekundarlehrer der mathematisch-naturwissenschaftlichen Richtung.

rus. Obwohl oder vielleicht gerade weil auch die Politik oft kreuzweise manche Rätsel stellt, will er in seinen Rätseln die Leute zum unbeschwerten Tüfteln und Suchen ermuntern. Darüber hinaus sollen die oft hintergründig verque- ren Rätselfragen immer auch ein wenig Spass machen und manches Aha-Erlebnis auslösen. Walter Vogel kam als Hauptmitar-

beiter der Rätselseite des «Nebelspaltes» in der Blütezeit des Satiremagazins zu den Kreuzworträtseln. Bei diesen Rätseln machte er es sich mit einer klassisch-quadratischen Rätselfigur zur Ehre, anspruchsvolle Fragen auch mit etwas Humor zu verbinden. Bei den Wochenrätseln für eine Thurgauer Tageszeitung soll der «lokale Touch» – geo-



Der rätselhafte Vogel.

graphische, geschichtliche, naturkundliche oder auch politische Gegebenheiten des Kantons oder der Region – die Rätsel von der Dutzendware der meist ausländischen

Agenturen unterscheiden. Für bestimmte Anlässe oder, wie nun auf der Rätselseite des Freisinns, in einem abgesteckten Themenkreis Fragen zu stellen und mit den Antworten zum Weiterdenken anzuregen, empfindet Walter Vogel als besondere, aber auch besonders befriedigende Herausforderung. Wenn Bürgerinnen und Bürger, Politikerinnen und Politiker bei aller Ernsthaftigkeit ihrer Anliegen das spielerisch-kreative Denken noch pflegen – wenn auch nur in den Kreuzworträtseln und auch ohne Millionenpreise –, hat Stur-

heit keinen Platz, dann wird solch freier Sinn erst recht zum Freisinn.

Die Gewinner des ersten Rätsels:

Aus den 312 richtig eingegangenen Lösungen «Die FDP sagt ja zur Uno» wurden folgende sechs Gewinner ausgelost: Hans-Peter Schläpfer, 3063 Ittigen; Hildegart Fiechter, 4252 Bärschwil; Esther von Wartburg, 4612 Wangen bei Olten; Arthur Kopp, 6285 Hitzkirch; Silvia Märki, 8592 Uttwil, und Willi Schweizer, 9656 Alt St. Johann. ■

SVP-Kantonalpräsident auf dem Rücken

Bernhard Kohler konnte Nägeli das Sägemehl abwischen

In der Gemeinde Fischingen – im sogenannten «schwarzen Erdteil» des Kantons Thurgau – stieg die FDP mit ihrem Kandidaten gegen einen bekannten CVP-Mann und den Kantonalpräsidenten der SVP Thurgau im Kampf um das Gemeindeammannamt in den Ring.

Von Ruedi Schläpfer,
FDP-Generalsekretariat,
Bern



Bernhard und Heide Kohler.

Wider alle Erwartungen schwang der freisinnige Jurist Bernhard Kohler schon im ersten Wahlgang

obenaus, hatten doch CVP und SP zwei starke Männer in den Ring geschickt. Mutig ging ein überpartei-

ches Komitee für den Freisinnigen ans Werk und führte einen fairen Wahlkampf. Bereits in diesem

führte Kohler die Rangliste an.

Es ging in die zweite Runde. Im zweiten Wahlgang um das Gemeindeammannamt von Fischingen hat sich der Dussnanger Bernhard Kohler (FDP) mit einem Vorsprung von 50 Stimmen bei einer Stimmbeteiligung von 70 Prozent klar gegen den Mitkandidaten, Kantonsrat und SVP-Kantonalpräsident Willy Nägeli, durchgesetzt.

Bernhard Kohlers Erfolg beruht sicherlich auf seiner ruhigen, freundlichen und sachlichen Art sowie auf der jahrelangen seriösen Arbeit in der FDP Fi-

schingen. Bereits im Wahlkampf hat Bernhard Kohler gezeigt, dass er für die Anliegen seiner Mitmenschen ein offenes Ohr hat. Nicht nur das. Er wischte, anlässlich der Wahlfeier, seinem Mitbewerber Willi Nägeli symbolisch das Sägemehl vom Rücken. Alles in allem beste Voraussetzungen für eine erfolgreiche politische Zukunft! Der «Schweizer Freisinn» gratuliert Bernhard Kohler und seinem ganzen Team herzlich zum grossen Erfolg und ruft alle Wahlkämpfer auf, Schritt um Schritt das gesteckte Ziel anzustreben. ■

Keine sichere Schweiz ohne sichere Welt

Ja zum Uno-Beitritt

Die Uno verfolgt Ziele, hinter welchen die Schweiz vorbehaltlos stehen kann. Bekennen wir uns dazu, und werden wir wie alle anderen Staaten Vollmitglied der Weltgemeinschaft. Ohne sichere Welt gibt es keine sichere Schweiz. Das Bestreben der Uno ist es, die Stabilität auf unserem Globus zu erhöhen, und sie ist die einzige Instanz auf der Welt, welche die entsprechende Legitimität dazu hat.

Von Ständerätin Vreni Spoerry, Horgen

Dabei ist die Uno als Organisation nicht perfekt und verbesserungswürdig. Aber eine wirkungsvollere Alternative, um etwas mehr Ordnung, Frieden und Gerechtigkeit in die Welt zu bringen, ist nicht in Sicht. Und auch wenn die Uno nicht immer erfolgreich ist, so hat sie doch Wichtiges bewirkt. Zu denken ist an die doch mehr oder weniger problemlos verlaufene Integration von über 100 neu in die Unabhängigkeit entlassenen Staaten in die Weltgemeinschaft. Namibia z.B. wurde mit Hilfe der Uno selbständig. In Moçambique konnte mit Hilfe der Uno ein langer und blutiger Bürgerkrieg beendet werden. In Ost-Timor ist es der Uno gelungen, ohne Vorbereitung und innert sehr kurzer Zeit staatliche Strukturen und eine funktionierende Verwaltung aufzubauen, und auch in Kosovo wäre die Entwicklung ohne die Uno noch viel schlechter verlaufen.

Kein Grund mehr gegen den Beitritt

Als praktisch einziges Land der Welt gehören wir



Ständerätin Vreni Spoerry, Horgen.

dem Uno-System nicht als Vollmitglied an. Dies soll nun geändert werden. Wer dazu Nein sagt, muss dafür unwiderlegbare Gründe nennen. Gibt es diese heute noch?

Bei der Abstimmung im Jahre 1986 konnte ich mich für einen Beitritt noch nicht erwärmen. Der Hauptgrund war die Befürchtung, damit unsere Position für die Erbringung der Guten Dienste zu schwächen. In der Zwischenzeit hat sich jedoch die Welt und damit die Uno grundlegend verändert.

Die Uno ist nicht mehr die Organisation der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, wo die Achsenmächte und die neutralen Staaten nicht dabei waren. Es ist auch nicht mehr die Uno der 70er

und 80er Jahre, als die Welt in zwei Blöcke geteilt war. Die Uno des 21. Jahrhunderts ist nicht mehr eine Koalition gewisser Staaten unter Ausschluss anderer Staaten. Die heutige Uno repräsentiert die Welt. 99,8% der Weltbevölkerung sind in der Uno vertreten. Warum soll alleine die Schweiz abseits stehen?

Alles spricht für den Beitritt

Unsere Guten Dienste werden durch den Beitritt nicht beeinträchtigt, im Gegenteil. Bei der Vermittlung zur Lösung von Konflikten hat heute der Generalsekretär der Uno eine zentrale Rolle inne. Er verfügt über etwa 60 Sondergesandte verschiedener Nationalitäten, die für ihn in den Konfliktgebieten tätig sind. Dabei zählt die Kompetenz – die Schweizer haben –, aber auch die Beziehung zum Generalsekretär, welche durch den Beitritt enger wird.

Das Geld kann kein Ablehnungsgrund sein. Die Vollmitgliedschaft würde uns jährlich rund 60 bis 70 Mio. Fr. bzw. gut 10 bis 15% mehr kosten, als wir ohnehin beitragen. Die Stellung Genfs als europäisches Uno-Zentrum wird durch den Beitritt gestärkt, durch unser Abseitsstehen jedoch geschwächt. Neu hätten wir zudem in der Generalversammlung eine offizielle Stimme. Wir können unsere Anliegen und Wert-

vorstellungen direkt einbringen, aber auch Angriffe gegen die Schweiz, z.B. unsachliche Beurteilungen unseres Finanzplatzes, wie schon zweimal geschehen, am entscheidenden Ort widerlegen und richtigstellen. Dies ist uns heute verwehrt, womit wir unsere Interessensvertretung in der Uno nicht optimal wahrnehmen.

Neutralität und Volksrechte nicht tangiert

Bleibt die wichtige Frage der Neutralität. Diese wollen auch die Beitrittsbefürworter nicht preisgeben. Das müssen wir aber auch nicht tun. Die Wirtschaftssanktionen gegen einen Aggressor und Rechtsbrecher tragen wir schon bisher als neutralitätsverträglich autonom mit. Und zur Beteiligung an militärischen Sanktionen kann man uns nicht zwingen. Die Uno-Charta sieht vor, dass dies kein Land ohne speziellen Vertrag machen muss. Kein einziges Mitglied hat bisher einen solchen Vertrag unterzeichnet. Zudem würde ein solcher Vertrag gemäss Charta dem Bewilligungsverfahren des

betreffenden Landes unterliegen, bei uns also der Genehmigung durch das Parlament gemäss verabschiedetem Militärgesetz. Wir liefern uns auch nicht dem Diktat einer Grossmacht aus. Wenn nämlich eine solche ein Veto einlegt, dann werden auch keine Sanktionen verhängt, womit gar kein Handlungsbedarf entsteht. Und schliesslich beinträchtigt der Uno-Beitritt auch kein einziges direktdemokratisches Recht unseres Volkes.

Für ein überzeugtes Ja

Zeigen wir deshalb Flagge bei der weltumspannenden Verfolgung unterstützungswürdiger Ziele. Gliedern wir uns als gleichberechtigtes Mitglied in die Völkergemeinschaft ein. Weder unsere direkte Demokratie noch unsere Neutralität werden dadurch tangiert. Unsere Interessensvertretung wird aber verbessert, und unser Beitrag kann einer friedlichen Welt nützlich sein. ■

Anzeige

bis 80 Personen

Chibouchee
Chinoise-, Bourguignonne-, Cheese Fondues

SPYCHER FONDUE-HOUSE

Eisengasse 15 ▲ 6004 Luzern ☐ Switzerland

天香樓
▲ Phone +41-41-412 37 37
▲ Fax +41-41-410 43 53
▲ e-mail restaurant@fondue-house.ch
▲ www.fondue-house.ch



Alex Bänninger,
Publizist, Präsident des
Freisinnigen Presse-
verbandes der Schweiz,
Zürich

Verlierer im Match um Macht

Bekanntlich ist Filippo Leutenegger als Chefredaktor des Schweizer Fernsehens DRS entlassen worden. Die Behauptung, mit diesen Vorgängen habe sich das Unternehmen am Leutschenbach in ein besonders günstiges Licht gerückt, wäre eher übertrieben. Der hauseigene Führungsstil und die interne Kommunikation zeigten sich nicht über alle Zweifel erhaben. Direktor Peter Schellenberg musste sich zu Recht einiges an geharnischter Kritik gefallen lassen.

Doch die in aller Öffentlichkeit aufgehängte Schmutzwäsche verdeckte etwas den Blick auf die ebenfalls wesentliche Tatsache, dass Leutenegger in der «Arena» eine bessere Figur machte als in der Chefredaktion. Dort ereigneten sich journalistische Pannen und Abgänge tüchtiger und profilierter Leute. Wir können annehmen, dass im Match um Macht einiges verloren ging.

Die im Wind flatternde Schmutzwäsche verdeckte überdies, dass Schellenberg bei aller Freude am Machtspiel insofern nicht gänzlich freischalten und walten kann, als ihm mit dem Regionalrats-Ausschuss ein Kontrollgremium vorsteht. Die Erkundigung ist nicht unhöflich, ob dieses mit einem Verwaltungsrat vergleichbare Organ seine Verantwortung auch stets mit Freude wahrgenommen hat. Im Match um Macht sind unparteiische Schiedsrichter nötig.

Wohl war Leutenegger der von Schellenberg seinerzeit favorisierte Chefredaktor. Aber hinter der Wahl stand entscheidend der Regionalrats-Ausschuss.

Ob er sämtliche Aspekte mit der nötigen Sorgfalt prüfte, kann nicht mit Sicherheit beantwortet werden. Was der Direktor als Grundwahrheit verdrängte, hätte die Wahlbehörde bedenken müssen: dass es enorme Risiken birgt, Stars mit einer Chefposition zu betrauen.

In einem Unternehmen, das wie SF DRS massiv sparen muss, sind Konflikte die natürlichste Sache der Welt. In ordentlich geführten Häusern gelingt es allerdings rasch, die Spannungen zu überwinden und die Energien wieder für die eigentlichen Aufgaben zu bündeln. Nicht am Leutschenbach. Dort fliegen weithin sichtbar die Fetzen und am Ende Kaderleute auf die Strasse. Der Regionalrats-Ausschuss müsste doch in der Lage sein, die Gefahrenzeichen jeweils früh zu erken-

nen und vorausschauend Massnahmen zu treffen, um peinliche und lähmende Affären zu verhindern.

Einem wachen Kontrollorgan könnte auch nicht entgehen, in welcher hohen Kadenz das Personenkarussell rotiert. Eine nüchterne Analyse der Ursachen hätte sich längst aufgedrängt.

Diese Forderung deckt sich mit der Frage, weshalb es – mit allen Nachteilen – unumgänglich war, Schellenberg über die übliche Pensionierungsgrenze hinaus zu beschäftigen. Offenbar fehlt es an einer weitsichtigen, die Kontinuität sinnvoll sichernden Personalpolitik.

Der Regionalrats-Ausschuss ist fest in politisch-parlamentarischer Hand. Die vier Bundesratsparteien haben die Sitze unter sich aufgeteilt. Von den sieben Mitgliedern gehören je zwei dem National- und dem Ständerat an; ein Mitglied amtiert als Staatschreiber. Vom Medienfach ist Armin Walpen, der

als SRG-Generaldirektor dem Gremium ex officio angehört; ein Mitglied betätigt sich publizistisch. Das ergibt ein Bild, bei dem bezüglich Medienunabhängigkeit und Medienkompetenz nicht gerade wenig zu fragen wäre. Es lässt sich aber auch einfach positiv feststellen, dass der Regionalrats-Ausschuss im Hort des Service public angesiedelt ist. Von dort aus, wo die Gesetze beschlossen werden, müsste es sehr motivierend sein, sie und ihren Geist erfolgreich umzusetzen.

Wer zuerst auf direktoriale Empfehlung einen Chefredaktor inthronisiert und ihn nach kurzer Weile auf direktoriale Empfehlung zum Teufel jagt, vermittelt den Eindruck, er begnüge sich mit dem «autonomen Nachvollzug». Wir möchten die Gewissheit haben, dass der Regionalrats-Ausschuss strategisch führt und souverän kontrolliert. ■

Anzeige

Willkommen
in der **Regus**Welt.

- Büros für 1 bis 250 Arbeitsplätze
- hochwertige Vollausrüstung
- Tagesbüros/Konferenzräume
- flexibler Service, flexible Mietdauer
- Repräsentative Geschäftsadresse
- 4x in der Schweiz, über 300x weltweit

2x in Zürich
World Trade Center
Stockerhof

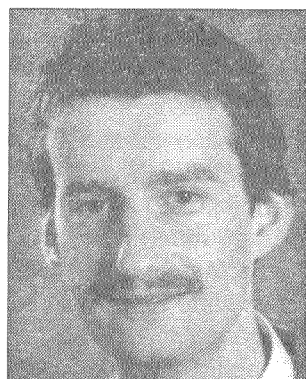
tel. +41 1 208 37 09
www.regus.com

Regus

Das Schiff schwankt

Trendumkehr erforderlich: Es braucht eine bürgernahe, klare Politik

Politik beinhaltet nicht vorab Aussagen oder Beschlüsse zu isoliert betrachteten Dossiers: Die Politik sollte sich vor allem der Frage widmen, welche Dossiers wie wodurch vorangetrieben werden sollen und wie allenfalls Dossiers miteinander verbunden werden können. Unabdingbar ist dabei auch die Sicherstellung der inneren Kohärenz der vorgeschlagenen Lösungen. Wie sieht's da im Moment aus?



Andreas Müller.

Von Andreas Müller, Leiter Politisches Sekretariat, GS FDP Schweiz

Anhand eines kleinen Beispiels, von denen es aber noch viele andere gäbe, kann diese Aussage verdeutlicht werden. Stellen wir uns folgende Situation vor, die sich sehr wohl (zufälligerweise) in einer der nächsten Sessionen ereignen könnte.

Am Morgen Steuern senken, am Abend wieder erhöhen

An einem schönen Morgen behandelt der Ständerat das Steuerpaket, das Steuersenkungen vor allem für Familien vorsieht. Die Parlamentarier werden argumentieren, dass der Spielraum da ist, das Paket wirtschaftspolitisch erforderlich und finanzpolitisch tragbar ist. Am Nachmittag stünde nun die AHV-Vorlage an. Dasselbe Parlament und dieselben

Parlamentarier werden Steuererhöhungen beschliessen, mit der Argumentation, diese Steuererhöhungen seien absolut notwendig und unabdingbar. Möge die Politik dieses Tages auch noch so erklärbar sein (z.B. an sich wünschenswerter Transfer von direkten zu indirekten Steuern), um den psychologisch wichtigen Effekt einer Steuersenkungsvorlage ist es trotzdem geschehen. Die Bürgerin, der Bürger fragt sich: Will nun das Parlament in der heutigen Situation die Steuern senken oder erhöhen?

Wäre eine solch inkohärente Botschaft an die Bevölkerung im deutschen Bundestag oder in der französischen Assemblée möglich? Nein. Es lohnt sich, nach dem «Warum» einer solchen Konstellation zu fragen.

Departementli-Geist und Halb-Oppositionsparteien

Der erste Grund hierfür sind die Arbeitsweise und das konkrete Funktionieren des Bundesrates.

Noch immer herrscht der «Departementli-Geist» und arbeitet die mächtige Verwaltung relativ autonom. So können Legislaturplanung und Jahresziele nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Agendasetting und die Dossierhandhabung zu einem grossen Teil zufällig sind respektive einfach den Lauf der Verwaltung dokumentieren oder nur den Willen eines einzelnen Departements manifestieren. Es ist so wohl auch nicht ganz zufällig, dass die politische Botschaft des in SP-Händen befindlichen Sozialdepartements und der in FDP-Händen stehenden Finanz- und Wirtschaftsdepartemente in der genannten Konstellation nicht ganz zusammenpassen wollen. Der zweite Grund in diesem und vielen andern Fällen ist das einäugige Vorschreiten der «Halb-Oppositionsparteien» SVP und SP. Während die SVP zielstrebig ihr Agendasetting der destruktiven, selektiv orientierten Kritik betreibt und gleichzeitig eine populistisch orientierte Marketing-Politik verfolgt, hat die SP beispielsweise nichts dagegen, in die Wand zu laufen, solange die sozialistische Ideologie (immer mehr Sozialstaat...) ihrer Meinung nach stimmt. Die Berücksichtigung von «Oppositionslösungen» dieser Pro-Forma-Regierungsparteien birgt die Gefahr von «verfahrenen» politischen Messages, so wie sie beispielsweise am beschrie-

benen Tag herauskommen könnte.

Beide Tatsachen sind weniger augenfällig und beunruhigend, wenn das Wirtschaftswachstum stimmt und die Finanzlage gut ist. In Krisensituationen kann ein solches Vorgehen aber desaströse Auswirkungen haben. Das Landesschiff beginnt zu schwanken. SP und SVP verabschieden sich dann womöglich flink zusätzlich vom Schiff, und uneinige Departementsvorsteher versuchen sich dann irgendwie noch zu arrangieren.

FDP muss Gegensteuer geben

Es bleibt der FDP vorbehalten, Gegensteuer zu geben. Hierzu wird sie in zunehmendem Masse Konzepte liefern müssen, die aufzeigen, wie die FDP entscheiden würde, wenn sie die ganze Regierung stellen würde, und wie sie konstruktiv für die Schweiz die Probleme lösen würde.

Diese Lösungen müssen durchaus nicht einem «vorliegenden» Bundesratskompromiss entsprechen. Längerfristig muss dieses Problem an der Wurzel gepackt werden. Wir brauchen einen vorausschauenden Bundesrat, der es als normal betrachtet, dass die Departementsvorsteherinnen und Departementsvorsteher sich von den andern sechs «dreinreden» lassen. Wir brauchen politische Kohärenz; die Lösungen komplexer Dossiers wie der demographischen Entwicklung dürfen nicht je nach Departement andere, sich widersprechende Massnahmen ergeben.

Und wir brauchen Parteien, die sich einbinden lassen und nicht die Macht zu Oppositionszwecken missbrauchen.

Nur dann fährt das Schiff in die richtige Richtung oder überhaupt in eine Richtung. ■

Anzeige



schöne Kreuzfahrten 2002

Die besten Schiffe

von Hapag-Lloyd, CRYSTAL, CUNARD/SEABOURN
Deilmann, RADISSON, SILVERSEA

ihre nahen, direkt-zugänglichen «Liegeplätze»

MCCM MASTER CRUISES, Chr. Möhr AG
in Fällanden: Bruggacherstr. 24, Tel. 825 20 50
in Zürich City: Nüscherstr. 35, Tel. 211 30 00
und in Reisebüros mit echten «Kreuzfahrern»

nur Kreuzfahrten • nur erstklassige
einzig in der Schweiz

Drei liberale Perspektiven für Nidwalden

Einen zusätzlichen Sitz gewinnen

Die FDP des Kantons Nidwalden will bei den kommenden Wahlen einen zusätzlichen Sitz gewinnen. Die zweitstärkste Partei im Kanton muss auch in der Regierung angemessen vertreten sein.

Bei den letzten Landratswahlen wurde die Freisinnig-Demokratische Partei Nidwalden klar als zweitstärkste Partei bestätigt. Mit 21 Mandaten holten sich die Liberalen mehr als einen Drittel der Sitze im Landrat. Trotzdem verlor die FDP einen Regierungsratssitz und ist nun in der Nidwaldner Regierung untervertreten. Mit dem bisherigen Regierungsrat Beat Fuchs sowie Beatrice Jann und Gerhard Oder-

matt wollen die Liberalen dem Kanton neue Perspektiven eröffnen und gleichzeitig ihren Anspruch auf einen dritten Sitz in der Regierung unterstreichen.

Konsequent bürgerliche Politik

Den Anspruch auf eine führende Rolle im Kanton hat die Partei in der ablaufenden Legislaturperiode mit ihrer konsequent bürgerlichen Politik untermauert. Die Liberalen spielten dabei ihre traditionellen Stärken in der Finanz- und Steuerpolitik aus. Das neue Steuergesetz wurde von der FDP sowohl in der Vernehmlassung als auch im Landrat massgeblich mitgestaltet. Die Liberalen übernahmen auch im Abstimmungskampf die Fe-

derführung. Rund 80 Prozent der Nidwaldnerinnen und Nidwaldner haben an der Urne die FDP-Politik bestätigt.

Zusätzlich wurde die Politik der Liberalen durch den neutralen Expertenbericht «NWtop» zur Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden sowie zur finanziellen Situation unseres Kantons gestützt. Der Expertenbericht bestätigt viele politische Vorstösse der Partei, ihre Voten im Landrat oder ihre Vorschläge am runden Tisch. Eine Vielzahl der vorgeschlagenen Massnahmen des Expertenberichts waren denn auch bereits im letzten Parteiprogramm der FDP zu finden.

Dass die Liberalen sich in ihrer Politik bestätigt

fühlen, kommt auch im neuen Parteiprogramm zum Ausdruck. Eine offene, eine lösungsorientierte und nach vorne gerichtete Politik nützt dem Nidwaldnervolk am meisten. Diese Grundhaltung vertritt nicht nur die Partei, sie wird auch von den drei Regierungsratskandidaten mitgetragen.

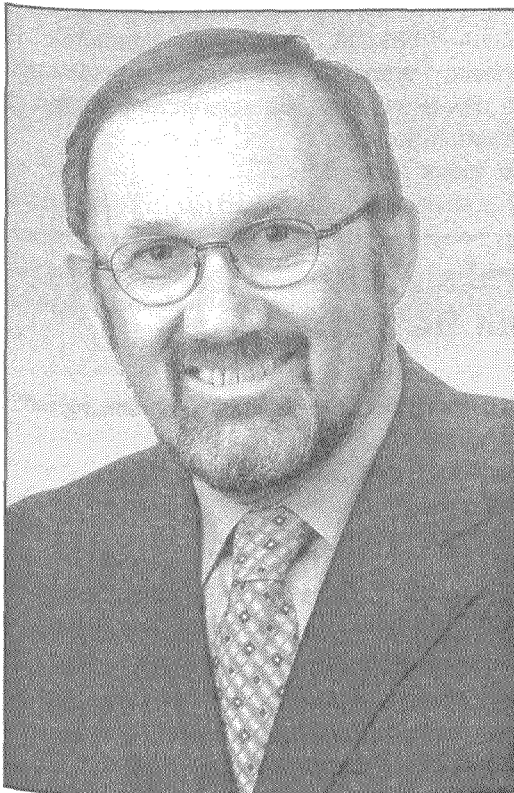
Beat Fuchs (bisher), der Generalist

«Es ist nicht immer eine einfache, aber immer wieder eine faszinierende Aufgabe», sagt Beat Fuchs zu seinem Regierungsamts. «Wer ein öffentliches Amt annimmt, darf sowohl den Arbeitsaufwand als auch die Kritiken nicht scheuen.» Der Buochser kann nicht nur auf vier Jahre Er-

fahrung im Regierungsrat als Justiz- und Sicherheitsdirektor zurückblicken. Bereits zuvor sammelte er im Gemeinderat und als Gemeindepräsident 16 Jahre lang praktisches Wissen und Erfahrung in einem Exekutivamt. In der Regierung brauche es Generalisten, ist Beat Fuchs überzeugt: «Menschen – Menschen, die das Ganze im Auge behalten.»

In der ersten Amtsperiode ging es Beat Fuchs vorwiegend um die Anpassung der verschiedenen Sicherheitseinrichtungen des Staates an die neuen Bedrohungslagen. Vor allem im Projekt «Armee XXI» war es sehr wichtig, die Stimme der Kantone beim

Fortsetzung auf Seite 12



Beat Fuchs (bisher).



Beatrice Jann (neu).



Gerhard Odermatt (neu).

Fortsetzung von Seite 11

Bund immer wieder einzubringen. Aus Nidwaldner Sicht war die Zukunft des Waffenplatzes Wil/Oberdorf besonders wichtig. Dank seinen Führungsqualitäten ist FDP-Regierungsrat Beat Fuchs in verschiedene interkantonale Ämter gewählt worden. Auch auf Stufe Bund wurde ihm als Vertreter der Zentralschweizer Regierungskonferenz im geschäftsleitenden Ausschuss der Konferenz der Kantonsregierungen eine äusserst verantwortungsvolle Aufgabe übertragen.

Beatrice Jann (neu), Spezialistin für Familienpolitik und Bildungsfragen

Auch Beatrice Jann verfügt über eine langjährige politische Erfahrung. Die Vizepräsidentin der FDP Nidwalden wurde 1986 in den Stanser Schulrat gewählt. «Die Erhaltung eines hohen Qualitätsniveaus ist eines unserer Ziele im Bildungsbereich», sagt Beatrice Jann. Der zweifachen Mutter sind auch familienfreundlichere Tagesstrukturen ein Anliegen. «Die Blockzeiten in der Volksschule müssen unbedingt verbessert werden.» Heute engagiert sie sich im Vorstand des Damenschneiderinnen-Lehrateliers für Ob- und Nidwalden. Vor acht Jahren wurde Beatrice Jann in den Landrat gewählt. Der Höhepunkt in der politischen Laufbahn der Stanserin war bisher sicherlich das Jahr 2000/2001. Die gelernte medizinisch-chemische Laborantin erwies sich als umsichtige und führungsstarke

Landratspräsidentin. Qualitäten, die Beatrice Jann auch gerne im Regierungsrat ausspielen würde.

Gerhard Odermatt (neu), der Finanz- fachmann und Wirtschaftsförderer

Der dritte Kandidat, Gerhard Odermatt, hat vor allem ein Flair für finanzielle und wirtschaftliche Fragen. Der Kaufmann leitet im Moment die administrativen Belange der Drogerie Durzer in Stans mit 23 Mitarbeiterinnen. Zuvor war er mehrere Jahre im Bankfach tätig: Fünf Jahre in Genf und in London, anschliessend war er Prokurist bei der EKN Bank in Nidwalden. Politisch setzt sich Gerhard Odermatt für ein Ende der Schuldenwirtschaft ein: «Der Finanzhaushalt muss nachhaltig ausgeglichen werden», ist der amtierende Gemeindepräsident von Oberdorf überzeugt.

Das zweite politische Standbein Gerhard Odermatts ist die Wirtschaftspolitik. Während er bereits seit längerer Zeit dem Regionalentwicklungsverband Nidwalden/Engelberg angehört, ist Gerhard Odermatt seit seiner Wahl in den Landrat 1998 auch Mitglied in der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission. «Wir setzen uns für einen fairen innerkantonalen Finanzausgleich ein», erklärt Gerhard Odermatt, der sich ausserdem einen Staat wünscht, der «in den Bürgerinnen und Bürgern Kunden sieht». ■

FDP-Finanzpolitik

Weniger Staatsaufgaben – keine Steuererhöhungen



FDP will Schuldenwirtschaft beenden.

Wir wollen einen nachhaltigen Haushaltsausgleich herbeiführen und die Schuldenwirtschaft beenden. Das bedingt ein Nullwachstum der Ausgaben und eine Reduktion des Aufgabenvolumens. Mit unserer Reformpolitik wollen wir den Staat von Aufgaben entlasten und die Effizienz der Verwaltung fördern.

Die Finanzdirektion hat auf fünf (statt drei) Jahre hin Finanzpläne vorzulegen, diese vom Parlament genehmigen zu lassen und periodisch anzupassen. Dieses Instrument soll aufzeigen, ob der Kanton planmässig ausgeglichene Rechnungen erreichen wird bzw. wie der Schuldenabbau konkret aussieht.

Wir wollen keine durch automatisierte Mechanismen bedingte Erhöhung der Kantonssteuern. Die Ausgaben- und Schuldenbremse ist so

anzupassen, dass die Festlegung des Steuerfusses nicht mehr nur von den Vorschlägen der drei kommenden Jahre abhängt. Wir wollen, dass der Staat eine flexible und moderne Personalpolitik betreibt. Mit dem neuen Personalgesetz ist die Grundlage dazu geschaffen worden. Der Staat muss seinen

Personalaufwand senken, was insbesondere mittels Outsourcing (Vergabe von Staatstätigkeiten an Dritte) zu erreichen ist; damit gehen keine Arbeitsplätze verloren – vielmehr werden solche in der Privatwirtschaft geschaffen.

Wir fordern einen fairen innerkantonalen Finanzausgleich. Er soll sparsames Haushalten belohnen und die Effizienz bei der Aufgabenerfüllung fördern. Den unterschiedlichen Gemeindestrukturen soll Rechnung getragen werden. Die Beiträge der finanzstarken Gemeinden sind zu plafonieren; die Progressionskurve ist entsprechend anzupassen.

Das kantonale Steuergesetz ist im Rahmen der von der FDP geforderten integralen Familienpolitik sowie für das Bausparen (nach Anpassung des StHG) zu revidieren: Kinderbetreuungskosten sollen unlimitiert abzugsfähig sein, und für die Förderung des Wohneigentums ist das steuerbegünstigte Bausparen einzuführen. ■

Liberaler Finanz- und Steuerpolitik heisst:

- Keine Erhöhung der Staatsquote; Beschränkung auf das Wesentliche
- Absage an die Defizitwirtschaft und strenge Ausgabendisziplin
- Keine Steuererhöhungen
- Keine Ausgaben ohne gesicherte Finanzierung und Berücksichtigung der Folgekosten bei Investitionen
- Ein fairer innerkantonaler Finanzausgleich
- Statt Kinderrenten die steuerliche Entlastung von Familien und Alleinerziehenden; statt staatlicher Wohnbauförderung das steuerbegünstigte Bausparen

FDP will koordinierte Gesamtverkehrspolitik

Erhaltung der Lebensqualität im Vordergrund

Wir wollen mit einer flexiblen, auf das Notwendige beschränkten Richtplanung eine optimale Nutzung des Lebens-, Wirtschafts- und Naturraumes in Nidwalden gewährleisten.

Nidwalden ist zu klein für eine Gesamtverkehrspolitik. Deshalb fordern wir eine gezielte Koordination sämtlicher Verkehrsfragen auf regionaler Ebene. Der Flughafen Buochs kommt als Abstellplatz für Lastwagen nur für Notfälle in Frage. Wir fordern eine Lösung des Verkehrsengpases und mehr Sicherheit am Gotthard. Deshalb unterstützen wir eine zweite Tunnelröhre. Die Eröffnung derjenigen nach Zürich ist in fünf (nicht

zehn) Jahren zu realisieren.

Zur Erhaltung der Lebensqualität ist die A2 in Hergiswil und in Stansstad vollständig zu überdachen. Wir unterstützen eine erweiterte zivile Nutzung des Flugplatzes Buochs und ein flexibles Betriebsreglement; massgebend ist das Lärmkorsett und nicht die Anzahl Flüge.

Für die Fortsetzung der Sondierungen am Wellenberg sind die Auflagen des Kantons erfüllt worden.

Die Eignung des Wellenbergs für die Lagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle soll weiter abgeklärt werden. Wir stehen hinter der Realisierung des Sondierstollens, denn für die FDP liegt die Antwort «im Berg».

Die Liberalisierung des Strommarktes ist Tatsache. Das Elektrizitätswerk Nidwalden (EWN) braucht flexible Strukturen, um im Markt bestehen zu können. Die FDP setzt sich weiter für eine Entpolitisierung des Unternehmens und die Erteilung der notwendigen Kompetenzen an den Verwaltungsrat des EWN ein. ■

Liberaler Bau-, Verkehrs-, Umwelt- und Energiepolitik heisst für die FDP:

- eine flexible Richtplanung ohne unnötige Korsetts
- eine regionale Koordination der Verkehrsfragen und eine zweite Tunnelröhre am Gotthard für mehr Sicherheit und als Lösung des Verkehrsengpases
- die Überdachung der A2 in Hergiswil und Stansstad
- eine erweiterte zivile Nutzung des Flugplatzes Buochs
- die Realisierung des Sondierstollens am Wellenberg
- flexible Strukturen für das Elektrizitätswerk Nidwalden für den liberalisierten Strommarkt

Familie und Beruf

Das FDP-Zukunftsmodell

Gesellschafts- und wirtschaftspolitische Realitäten rufen auch in Nidwalden nach Reformen und neuen Lösungen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist kein spezifisches Frauenanliegen. Sie betrifft uns alle!

Der Ausstieg von qualifizierten Frauen aus dem Erwerbsleben infolge Mutterschaft bedeutet einen volkswirtschaftlichen Verlust. Immer mehr Frauen verzichten zugunsten ihrer beruflichen Laufbahn oder angesichts der Doppelbelastung von Familie und Beruf auf Kinder. Weil das Einkommen oft nicht ausreicht, müssen immer mehr Mütter ausserhalb

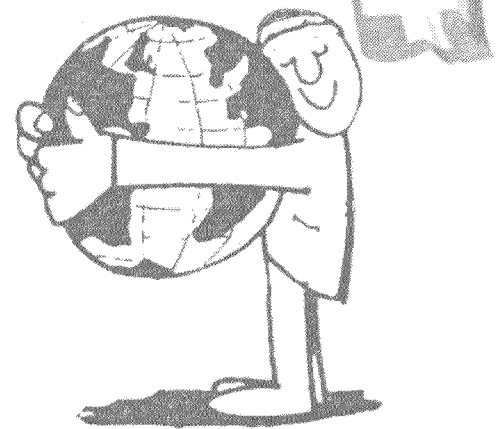
der Familie eine Arbeit annehmen.

Wir wollen auf kantonaler Ebene im Sinne einer liberalen Familienpolitik vor allem in den Bereichen «Kinderbetreuung» und «Schule» sowie in der Steuerpolitik Verbesserungen herbeiführen. Unter der Verantwortung der Privaten fordert die FDP im Vorschulalter ein Engagement von Kanton und Gemein-

den sowie der Unternehmen in der familienergänzenden Betreuung von Kindern.

In der Volksschule sind familienfreundliche Schulstrukturen mit Blockzeiten und die Betreuung über Mittag (Mittagstisch/Tagesschule) notwendig. Die steuerliche Abzugsfähigkeit der Kosten für die berufsbedingte Fremdbetreuung der Kinder ist erheblich zu erhöhen oder unbeschränkt zuzulassen. ■

Am 3. März:



Ja zur UNO!

Landratswahlen:

So wählen Sie richtig

Der Landrat wird nach dem Proporzwahlverfahren gewählt. Die Proporzwahl ist zuerst eine Listenwahl und erst dann eine Personenwahl. Die Anzahl der FDP-Listenstimmen entscheidet über die Anzahl Sitze der FDP. Es gilt daher Listenstimmen zu erhalten!

So unterstützen Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten am besten:

- Legen Sie die Liste 1 mit den Kandidierenden der FDP unverändert ein.
- Benützen Sie die Liste 1 und kumulieren Sie. Hierfür streichen Sie einen Namen auf der Liste 1 und ersetzen ihn handschriftlich durch einen anderen Namen auf der Liste 1. Eine Person darf höchsten 2x aufgeführt werden.
- Wenn Sie die leere Liste benutzen wollen, bezeichnen Sie diese oben rechts unbedingt mit FDP, Liste 1. Führen Sie nur Personen auf, welche für die FDP kandidieren.
- Panaschieren Sie nicht!

Noch einige wichtige Hinweise:

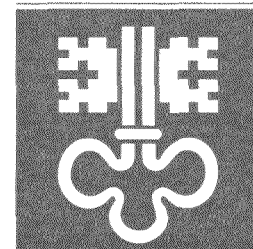
- Auf dem Wahlzettel sind nur handschriftliche Eintragungen erlaubt.
- Es dürfen nur die amtlichen Wahlzettel benutzt werden.
- Der Wahlzettel ist nur gültig, wenn er im Stimmkuvert liegt.

Regierungsratswahlen:

So wählen Sie richtig

So unterstützen Sie die FDP-Kandidatin und die beiden FDP-Kandidaten am besten.

Schreiben Sie nur unsere drei Kandidaten auf den Wahlzettel. Lassen Sie die anderen Linien leer. Besten Dank für Ihre Unterstützung!



KANTON
NIDWALDEN

Abstimmungsbüro

Wahlzettel

Gesamterneuerungswahl des Regierungsrates
vom 3. März 2002

1. Beat Fuchs

2. Beatrice Jann-Odermatt

3. Gerhard Odermatt

4. _____

5. _____

6. _____

7. _____

Hinweise siehe Rückseite!

Veto als Schreckgespenst?

Uno-Gegner zeichnen ein Zerrbild

Weil andere Einwände gegen den Uno-Beitritt offenbar an Zugkraft verlieren, spielen die Uno-Gegner jetzt das Veto hoch.

Von alt FDP-Bundesrat
Dr. Rudolf Friedrich,
Winterthur (ZH)

Sie zeichnen ein Zerrbild, um die Stimmberechtigten abzuschrecken. Die Fakten jedoch sehen anders aus.

Zehn Veto seit 1989

Richtig ist, dass das Veto der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates – USA, Russland, China, Grossbritannien und Frankreich – zur Zeit des kalten Krieges relativ oft angewendet wurde, und es ist typisch für die rückwärts

orientierten Beitrittsgegner, dass sie auch hier mit der Vergangenheit argumentieren. Die Situation ist aber heute eine ganz andere: Seit der Wende von 1989 ist es im Sicherheitsrat lediglich noch zehnmal zu einem Veto gekommen, knapp einmal pro Jahr, bei über 700 Beschlüssen in dieser Zeitspanne. Das Veto ist also eine seltene Ausnahme geworden.

Breiterer Wirkungsbereich der Uno

Noch wichtiger ist indessen, dass es ausschliesslich auf den Sicherheitsrat und so auf sicherheitspolitische Fragen beschränkt ist. Der Wirkungsbereich der Uno geht indessen viel weiter, und ihre Haupttätigkeit liegt heute anderswo:



Rudolf Friedrich

Im Einsatz gegen Unterentwicklung, Flüchtlingseleid, Hunger und Krankheiten in den Armenhäusern der Welt – Zustände mit einem erheblichen Konfliktpotenzial überdies –, im Einsatz gegen Umweltzerstörung, Terrorismus, organisierte Kriminalität, Drogenhandel, Menschenrechtsverletzungen und Verbreitung von Massenvernichtungs-

waffen, im Aufbau demokratischer Strukturen, der Errichtung von Schulen, der Kinderhilfe usw. Die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bereiche stehen im Vordergrund, und da fallen alle wegleitenden Entscheide in der Generalversammlung. Sie fasst 250–300 Beschlüsse pro Jahr. Jedes Land hat eine Stimme. Liechtenstein und Malta besitzen dasselbe Stimmrecht wie China und die USA. Nur die Schweiz als Beobachter am Katzentisch hat keines. Ein Veto gibt es hier nicht, so wenig wie in den zahlreichen Sonderorganisationen und speziellen Programmen, wo wir dabei sind.

weil ein Veto wenn immer möglich vermieden wird. Es ist überdies Ausdruck der politischen Realität, kann man doch kaum davon ausgehen, Länder wie China, Russland oder die USA würden ohne Veto einen Beschluss ohne weiteres hinnehmen, von dem sie glauben, er verstosse gegen ihre vitalen Interessen. Bleibt noch anzumerken, dass das Veto die Souveränität anderer Länder in keiner Weise beeinträchtigt. Es zwingt niemandem etwas auf, sondern verhindert nur einen Entscheid.

Untergeordnetes Problem

Uno-intern sind Beratungen über eine Reform des Sicherheitsrates und des Vetos im Gang. Konstruktive Mitarbeit der Schweiz wäre da vielleicht sinnvoll. Das Veto ist aber zu einem untergeordneten Problem geworden, und entscheidend für die Beitrittsfrage ist etwas ganz anderes: «Heute, da sich praktisch die Gesamtheit der Staaten in der Uno organisiert hat, gibt es auf universeller Ebene keine politische Welt mehr ausserhalb der Uno» (Bundesrat Schmid an der Pressekonferenz vom 8. Januar 2002). Wer der Uno fern bleibt, bleibt der Welt fern, und eine Schweiz, die einfach passiv abseits steht, eine gleichgültige Schweiz, wollen wir nicht. ■

Funktion des Vetos

Das Veto war anlässlich der Gründung der Uno nach dem Zweiten Weltkrieg eine Voraussetzung dafür, dass die fünf grossen Siegermächte eingebunden werden konnten. Mag es auch eine unschöne Seite haben, so übt es umgekehrt die wichtige Funktion einer Sicherung aus. Es verhindert, dass es im heiklen Bereich der Sicherheitspolitik zu einer vielleicht verhängnisvollen direkten Konfrontation zwischen Grossmächten kommt, was während des kalten Krieges von nicht zu unterschätzender Bedeutung war. Darüber hinaus hat es auch konstruktive Auswirkungen. Es übt einen heilsamen Druck in Richtung Kompromiss statt Konfrontation aus,

Mutzli sprach mit Chauffeur

Dieser Tage hatte Mutzli ein erstaunliches Erlebnis. Zu Beginn eines Gesprächs mit einem Chauffeur war Mutzli mit einem Vorurteil behaftet. Er ging davon aus, dass dieser Nein zur Uno-Vorlage sagen würde. Trotzdem fragte er ihn, was er stimmen werde. Die Antwort des Chauffeurs kam wie aus dem Rohr geschossen. «Hier habe ich eine klare Meinung. Nachdem ich, beeinflusst durch die lauten Töne eines bekannten Zürcher Nationalrates, vor Jahren Nein zum EWR gesagt habe, erlebte ich in den letzten Jahren, dass ich damals einen Fehlentscheid getroffen



hatte. Auf meinen fast täglichen Fahrten ins Ausland erlebe ich immer wieder, dass wir Schweizer nach jenem Fehlentscheid an der Grenze mehr Schwierigkeiten haben als unsere europäischen Berufskollegen. Darum ist es für mich klar, dass ich am 3. März Ja zur Uno sage.

Ich möchte nicht, dass unser Land nochmals ins Abseits gestellt wird. Der Anführer der SVP erwischt mich kein zweites Mal. Darum sage ich am 3. März Ja zur Uno.»

Mutzli ist überzeugt, dass der schlaue Chauffeur nicht der Einzige ist, der solche Schlüsse zieht.

Working smarter – governing better!

Einblick ins komplizierte Wahlsystem der Vereinigten Staaten

Unter diesem Titel stand eine Reise, zu welcher 8 Politikerinnen aus der Schweiz (mit Glarner Beteiligung) und eine Journalistin von Radio Suisse romande im November nach Los Angeles und Dana Point, Kalifornien, von Präsenz Schweiz und Alliance F (Bund Schweiz. Frauenorganisationen) eingeladen waren.



Andrea R. Trümpy.

Von Andrea R. Trümpy,
Glarus, andrea-truempy@hotmail.com

Gebet vor der Sitzung

Den Auftakt der interessanten und lehrreichen Tage in den USA bildete ein Besuch des City Council of Los Angeles (Stadtrat von LA). Die Sitzung wird mit einem Gebet eröffnet, und ich habe mir so meine Gedanken gemacht, wie das wäre, wenn der Gemeinderat von Glarus dies ebenso handhaben würde. (Bei uns werden, wenn über-

haupt, die Stossgebete eher nach einer Sitzung den Himmel geschickt!) Die Verhandlungen drehten sich vorwiegend um den Ausbau der Stützpunkte der Feuerwehr von LA. Dem Rat gehören 12 Mitglieder an, davon sind 3 Frauen. Die Dachterrasse des Rathauses von LA bot uns anschliessend einen wunderschönen Ausblick auf Down Town LA, seine beeindruckende Architektur und auf Hollywood. – Das Thema Sicherheit und die Einheit der Nation zog sich nach den Ereignissen vom 11. September durch all unsere Begegnungen, Gespräche und Themen am anschliessenden Kongress in Dana Point.

Nicht besser als bei uns

Ein Treffen am Occidental College mit einer Professorin für Politologie gab uns einen Einblick in das komplizierte Wahlsystem und die Chancen für Frauen, in den Vereinigten Staaten in der Politik Karriere zu machen. Von der Gesellschaft wird heute als selbstverständlich angesehen, dass

eine Frau Studium und Familie managt, d.h., dass ein Studium der jungen Amerikanerinnen erwartet wird. – Bereits das nächste Treffen klärte uns über das amerikanische System von «child care» auf, bei uns ebenfalls als sehr aktuelles Thema der «ausserfamiliären Kinderbetreuung» im Gespräch. Diese scheint im landläufig als besonders kinderfreundlichen Land Amerika um einiges schlechter organisiert zu sein als bei uns und stellt damit die Frauen vor grössere organisatorische und finanzielle Probleme, alles unter einen Hut zu bringen. Das Verhältnis arbeitender Mütter zu nicht ausser Haus arbeitenden Müttern ist zurzeit 50:50, die Tendenz der beruflich ausser Haus engagierten Frauen ist steigend.

Firmeninterne Kinderbetreuung

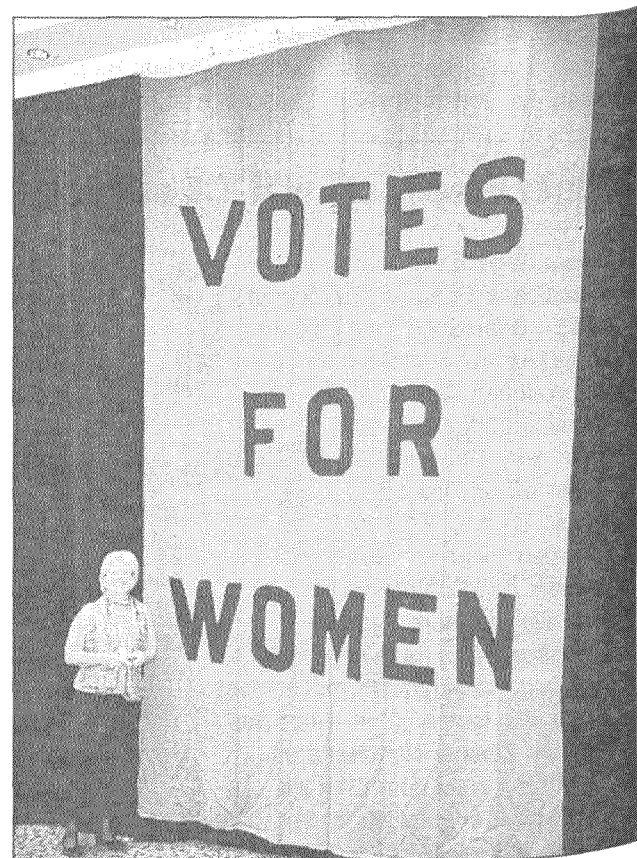
In den letzten 20 Jahren haben es mehr Frauen geschafft, ins Mittelmanagement zu kommen. Leider gibt es auch hier sehr wenige Teilzeitstellen, Job-sharing schon gar nicht. Frauen verdienen nur 70% der vergleichbaren Männerjobs. Eine Zeitung in LA veröffentlicht jedes Jahr eine Liste der 100 besten Firmen für Frauen mit den Kriterien für Job, firmeninterne Kinderbetreuung, Lohn usw.

Beruf und Politik miteinander verbinden

Die nächste Begegnung brachte ein Gespräch mit

der Präsidentin der KMU in Kalifornien, für mich als Gewerbeverbandspräsidentin des Kantons Glarus natürlich von besonderem Interesse. Auch hier wurde betont, wie schwierig es für Frauen ist, Politik und Beruf miteinander zu verbinden; bei Männern wird diese Verbindung selten bis nie in Frage gestellt. Wenn es in Firmen zu Entlassungen kommt, muss das im gleichen Verhältnis geschehen, wie das Personal vorher zusammengesetzt war (federal law), d.h. 20% Frauen, 10% Hispanos, 10% Schwarze usw. Das Interesse an technischen Berufen ist bei den jungen Frauen in

den letzten 10 Jahren stark zurückgegangen. Weiterbildungsangebote, Mentoring-Programme, Hilfe bei Verhandlungen mit Banken sowie Unterstützung beim Kampf um Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand sind Hilfestellungen, die von dieser Organisation angeboten werden. Ein herzlicher Empfang durch den Schweizer Konsul in Los Angeles, F.R. Hunkeler, und seine charmante Gattin sowie verschiedene Persönlichkeiten, die in irgendeiner Weise für das Schweizer Konsulat in LA tätig sind, bildete den Abschluss des ersten Teils dieser Reise.



Eine Fahne aus den Anfängen der amerikanischen Frauenbewegung (Anfang des 20. Jahrhunderts). Bild Trümpy

Anzeige

IN BESTEN HÄNDEN
ist Ihre Liegenschaft bei unseren professionellen, erfolgsorientierten Verkäufern. Verlangen Sie eine unverbindliche Offerte.


WALDE & PARTNER
IMMOBILIEN
FÜR PRIVATE UND ANLEGER
8702 ZOLLIKON www.walde.ch
TEL 01 396 60 60 FAX 01 396 60 96



Engagierte FDP-Politikerinnen beim «Networking», das nach der Reise auch in der Schweiz spielen soll. Bild Trümpy

Nach diesen verschiedenen aufschlussreichen Treffen in Los Angeles ging die Reise weiter nach Dana Point, Orange County, einem Ort zwischen LA und San Diego. Ein traumhaftes neues Hotel am Meer bildete während des Kongresses den Rahmen, an welchem vorwiegend Senatorinnen und Gouverneurinnen teilnahmen, neben uns Schweizerinnen und eini-

gen wenigen Teilnehmerinnen aus anderen Ländern.

Weckruf vom 11. September 2001

An diesem Kongress wurde uns die Möglichkeit der Teilnahme an verschiedenen Workshops geboten, die sich mit Themen wie «USA and the UN after Sept. 11», «Political Sponsoring/PAC's», «Networking», welches in den USA

sehr gross geschrieben wird, «Recruiting women as political candidates» etc. befassten. Laura Bushs Rede, die erste in der Geschichte der USA von der Gattin eines amtierenden Präsidenten gehaltene, sorgte für grosses Aufsehen, zumal sie darin zur Wiederherstellung der Rechte der Frauen in Afghanistan sowie Wiedereinsetzung der Frauen in die Regierung von Afghanistan aufrief. – In persönlichen Gesprächen mit den amerikanischen Teilnehmerinnen des Kongresses konnte immer wieder festgestellt werden, dass die Frauen in den Vereinigten Staaten bei weitem nicht geschlossen hinter dem Afghanistan-Engagement ihres Präsidenten stehen. – Die Ereignisse vom 11. September 2001

haben jedoch die Nation geeint, und dieser «Weckruf», wie ihn die Amerikaner nennen, wurde überall durch gehisste Fahnen, Flaggen als Broschen, Fähnchen an Autos usw. dokumentiert. «United we stand!»

Die Teilnehmerinnen dieser Delegation waren:

Doris Anklin, Cham ZG, Agathe Bühler-Flury, Schiers GR, Anita Fahrni, Islikon TG, Laurence Martin, Echandens VD, Sylvie Perret, Lutry VD, Evi Rigg, Mönchaldorf ZH, Silvia Scharplatz, Thusis GR, Andrea R. Trümpy, Glarus, sowie Nicole Baur Herrera, Carouge, von Radio Suisse romande.

Ich möchte an dieser Stelle Präsenz Schweiz sowie Alliance F meinen Dank aus-

sprechen, dass sie politisch engagierten Frauen die Möglichkeit der Teilnahme an solch interessanten und lehrreichen Projekten bieten.

Center for American Women and Politics (CAWP) Dieses Zentrum des Eagleton Institute of Politics at Rutgers, der staatlichen Universität von New Jersey, erfüllt eine Brückenfunktion zwischen der akademischen und der politischen Welt und will damit die breite Förderung der Frauen in der Politik und im öffentlichen Leben bewirken. Hier werden Studien durchgeführt, und es finden Weiterbildungsprogramme für Politikerinnen auf verschiedenen Stufen statt.

www.cawp.rutgers.edu/
www.newleadership.rutgers.edu

Martin Schmid bei den Frauen und Jungfreisinnigen

Politische «Baustellen» im Bereich Gesellschaft und Wirtschaft

Die FDP-Frauen und die Jungfreisinnigen des Kantons Graubünden trafen sich mit Regierungsratskandidat Martin Schmid zu einem liberalen Gedankenaustausch in der Bündner Metro-pole.

Von Christa Rauch, Zernez

Bei einem Apéro in Chur entwickelte sich eine ange-regte Diskussion zu ver-schiedenen Themen. Der Jurist und Wirtschaftsspe-

zialist Martin Schmid wurde von den zahlreich Anwesenden zum Umbruch in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen befragt. Schmid ortete in beiden Bereichen eine Verunsicherung, da zurzeit of-fensichtlich einiges neu zu organisieren sei. Neben dem Swissair-Grounding könne man auch beim Davoser WEF von einem Grounding sprechen.

«Die Schweiz hat eine Platt-form verloren!» Allerdings habe der Grosse Rat Graubündens nun ein deut-



Martin Schmid

liches Zeichen für das WEF in Davos gesetzt. «Es wäre staatsrechtlich bedenklich», so Martin Schmid,

«wenn die Schweiz keine Sicherheit gewährleisten könnte, weiterhin solche Anlässe durchzuführen.»

Die Abstimmung vom 3. März zum Uno-Beitritt der Schweiz sieht der Regierungsratskandidat als ganz grossen Test. «Ein Nein könnte zur Folge haben, dass sich die Uno aus Genf verabschiedet.» Das könne keinesfalls die Zielsetzung der Schweiz sein. Als Zukunftschance im gesellschaftlichen Bereich wertet Schmid die Wahlmöglichkeit der Frauen für

Beruf und Familie. Die Rechtsordnung müsse ein Abbild der Realität sein, welche neue Formen sowohl bei der Kinderbetreuung und auch bei den Steuern erfordere.

Kinderbetreuungskosten wertet Schmid als Gewinnkosten. Anerkennung für die Frauen seitens des Gewerbes sei mit dem Vorschlag der Mutterschaftsversicherung über die EO ebenfalls angekündigt. Martin Schmid hat mit seinen Stellungnahmen überzeugt.

Luftwaffe bedarf der Verstärkung

Zürcher Stellungnahme zur Armee reform

Der «11. September» des letzten Jahres und seine Auswirkungen haben nicht zuletzt eines deutlich gemacht: Die Gewährleistung der inneren und äusseren Sicherheit bleibt eine Kernaufgabe des Staates. Das kontrastiert mit einer Tendenz in der schweizerischen Politik der letzten Jahre, das Problem der äusseren Sicherheit zu verdrängen. Mit der grundlegenden Armee reform, die vom Ständerat voraussichtlich in der Märzsession behandelt wird, steht demnach ein Geschäft an, das unsere Aufmerksamkeit verdient.

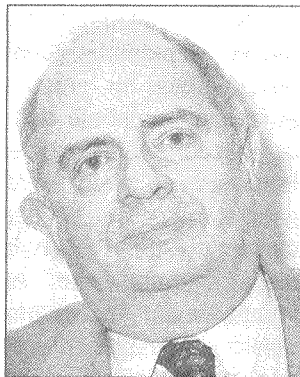
Von Oscar Fritschi, ExNR,
Präsident Ausschuss für
«Äussere Sicherheit» der
FDP Kanton Zürich

Eine rasche Ablösung der «Armee 95», der es an Kadern mangelt und die in mehreren Bereichen annähernd am Ausfransen ist, tut Not. Die «Armee XXI» hat dabei sowohl die Konsequenzen aus der demographischen Entwicklung wie aus der veränderten Bedrohungslage – als Folge der Implosion des Sowjetreiches – zu ziehen. Die Vorstellung eines klassischen terrestrischen Angriffes auf unser Land ist auf absehbare Zeit unwahrscheinlich geworden. An ihre Stelle ist eine diffuse Bedrohungslage – vor allem auch die Möglichkeit terroristischer Aktivitäten – getreten. Eines aber ist geblieben: Die Kompetenz zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung muss erhalten bleiben. Denn eine halbe Sicherheit ist keine Sicherheit. Angesichts einer drohenden unheiligen Allianz zwischen linken Armeeabschaffern und nationalkonservativen Anhängern ei-

ner nicht weiter entwickelten «Widerstandsarmee» – gleich wie bei der vorgezogenen Militärgesetzrevision im Juni letzten Jahres – ruft die Zürcher FDP zum Engagement für die Armee reform auf. In ihrer Stellungnahme legt sie Wert auf klare Eckwerte für die «Armee XXI» (vgl. Kasten), die im Folgenden auszugsweise resümiert seien.

Professionalisierung kommt nicht in Frage

Eine Berufsarmee ist sowohl aus Kostenüberlegungen wie aus staatspolitischen Gründen abzulehnen. Wenn eine Verstärkung der Berufskomponente Sinn macht, dann zweifellos im Sektor der Ausbildung. Dagegen sind alle Kommandi, die nicht Hauptamtlichkeit beanspruchen, auch Milizoffizieren offen zu halten. Zeitsoldaten und Durchdiener (wobei für die Letzteren dringend eine Bezeichnung zu finden ist, die nicht den Geist des preussisch-friderizianischen Zeitalters atmet) bilden, auf das Notwendige beschränkt, eine sinnvolle Ergänzung. Keinesfalls darf es aber be-



Oscar Fritschi.

schäftigungslose Zeitsoldaten geben.

Verteidigung und Raumsicherung bleiben der Hauptauftrag

Auch wenn auf absehbare Zeit hinaus keine konkrete Gefährdung sichtbar ist, müssen wir angesichts des Bedürfnisses einer Milizarmee nach langfristiger Kontinuität den Mut aufbringen, Verteidigung und Raumsicherung weiterhin als Hauptaufgabe zu bezeichnen und uns entsprechend zu verhalten. Die Armee als Ganzes multifunktional vorzusehen, macht Sinn. Dabei stehen

wir hinter dem subsidiären Auftrag von friedenserhaltenden Aktionen im Ausland. Doch darf dieser Auftrag nicht zur «Raison d'être» der Armee emporstilisiert werden.

Die neuen Strukturen sind ohne ein Schielen auf regionalpolitische Kompromisse zu bilden

Die ohnehin einschneidende Reform von der «Armee 95» zur «Armee XXI» sollte genutzt werden, um überlieferte Strukturen radikal zu überdenken. Konkret postulieren wir – trotz dem Widerstand der Gebirgskantone –, die nach wie vor in grosser Stärke vorgesehenen Kräfte für den Alpenraum überproportional abzubauen. Zwar wird es weiter darum gehen, die Alpentransversalen zu schützen, aber nicht darum, alle Berggipfel zu besetzen. Dementsprechend kann auch auf den Train verzichtet werden. Notwendig werden aber weitere Helikopter sein.

Verschiebung zugunsten der Luftwaffe

Eine Kräfteverschiebung zugunsten der Luftwaffe – unter anderem durch die rasche Anschaffung einer zweiten Tranche neuer Kampfflugzeuge – scheint aus drei Gründen angezeigt. Zum Ersten führt die vorgesehene massive Absenkung der Bestände noch stärker als bisher von der Doktrin einer flächen deckenden Abwehr weg. Umso wichtiger wird es, im Zuge der Raumsicherung rasch Schwergewichte bilden zu können. Zum Zweiten wird mit einer solchen Kräfteverschiebung die Konsequenz aus der Überlegung gezogen, dass allfällige Konflikte am ehesten im Luftraum vorstellbar sind. Zum Dritten wird dem Umstand Rechnung getragen, dass hier die Vorwarnzeiten am geringsten ausfallen. Zum Vierten schliesslich haben die jüngsten Ereignisse die überragende Bedeutung der Luftwaffe gezeigt. Die vollständige Stellungnahme «Klare Eckwerte für die Armee XXI» kann beim Zürcher Parteisekretariat bezogen werden.

FDP-Eckwerte für die «Armee XXI»

- Die «Armee XXI» hat so weitgehend als möglich eine Milizarmee zu bleiben
- Der Verteidigungsauftrag bleibt die Kernaufgabe der Armee
- Die Neugliederung hat ohne politische Kompromisse zu erfolgen, was insbesondere auch für die Gebirgstruppen und den Train gilt
- Bei der neuen Austerierung der Kräfte ist eine deutliche Verschiebung zugunsten der Luftwaffe vorzusehen
- Die Brigaden sollen als Basisformation, innerhalb welcher sich ein Korpsgeist entwickeln kann, erhalten bleiben
- Der vorgesehene Überbau der Armeeführung ist zu verschlanken
- Die Verbesserungen bei der Ausbildung sind zu begrüessen; diese muss aber kompatibel mit einer Berufslaufbahn bleiben

Kongress der Jungfreisinnigen Schweiz

Ostschweiz – Dort, wo die Schweiz beginnt!

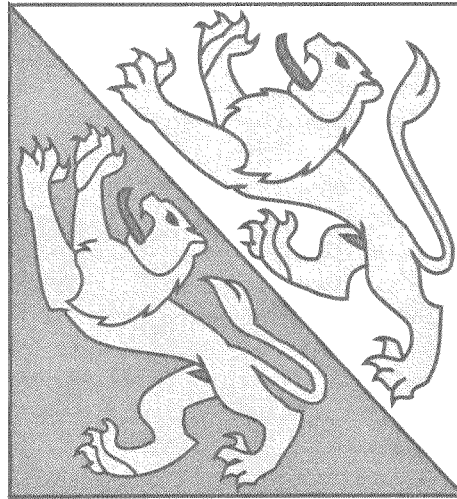
Am Delegiertenrat der Jungfreisinnigen Schweiz (JFS) in Solothurn wurde entschieden: Der nächste Kongress findet in den Kantonen Thurgau und St. Gallen statt. Mit ihrer gemeinsamen Bewerbung und einem guten Konzept konnten die angereisten Thurgauer und St. Galler die Delegierten aus der ganzen Schweiz von ihrem Projekt überzeugen.

Von Nicole Mittner,
Co-Präsidentin OK
des Kongresses 2002

Die Jungfreisinnigen Thurgau und St. Gallen pflegen schon seit längerer Zeit eine sehr enge Beziehung, was sich bis jetzt in vielen gemeinsamen Projekten, wie zum Beispiel auch einer gemeinsamen Parteizeitung, niedergeschlagen hat. Deshalb lag auch der Entscheidung nahe, sich mit einer gemeinsamen Kandidatur um den Kongress 2002 zu bewerben. Es ist dies

das erste Mal, dass zwei Kantonalsektionen zusammen, den Kongress austragen, und somit auch das erste Mal, dass er in zwei Kantonen gleichzeitig stattfindet. Die Jungfreisinnigen Thurgau und St. Gallen sehen dies als eine Chance, um ihre Zusammenarbeit zu intensivieren und ihre gegenseitig guten Beziehungen noch zu festigen. Der Kongress findet auf Grund eines neuen Turnus neu im Frühling statt, und zwar am Wochenende vom 16./17. März 2002. So ist auch das Organisationskomitee, welches aus drei Thurgauern und drei St. Gallern sowie einem thurgauisch-sankt-gallischen Co-Präsidium besteht, schon seit längerem mit den Vorbereitungen beschäftigt. Mit dem Grossratssaal St. Gallen konnte für den offiziellen Kongress der JFS am Sonntag ein idealer Tagungsraum gemietet werden. Der Samstag hingegen geht in Romanshorn TG über die Bühne, wo auch der Ex-Nationalrat Ernst Mühlemann die Teilnehmerinnen und Teilnehmer offiziell begrüssen und sie dabei über den Kanton Thurgau ins Bild setzen wird. Danach finden die traditionellen Podiums- und Gruppendis-

kussionen mit bekannten Politikern aus der ganzen Schweiz statt. Das OK durfte bereits die Zusagen von FDP-Präsident Gerold Bühler sowie CVP-Präsident Philipp Stähelin entgegennehmen. Weiter werden der Thurgauer SVP-Nationalrat Peter Spuhler und der Bündner SP-Nationalrat Andrea Hämmerle dabei sein. Im Zentrum wird die Frage stehen: «Liberalisierung – wohin?» Dabei werden Themen wie die Liberalisierung der Post oder auch das Problem der Swissair diskutiert – wo ja der aktuellste Schritt eher in die entgegengesetzte Richtung geht. In kleinen Workshop-Teams werden die Teilnehmer dabei die Gelegenheit haben, die Politiker kennen zu lernen und für einmal aus nächster Nähe zu erleben. Erst danach wird das Podium eröffnet – moderiert durch Prof. Dr. Vito Roberto, Rechtsdozent der Universität St. Gallen. Natürlich wird auch der Ostschweizer «Kultur» Rechnung getragen. Am späteren Samstagnachmittag werden die angereisten Jungfreisinnigen Gelegenheit haben, die Mosterei Thurella in Bischofszell zu besichtigen.



Sicher eine einmalige Gelegenheit, die sich so schnell nicht wieder bietet

– mit einem hohen Unterhaltungswert! Das Abendessen danach wird in St. Gallen eingenommen – und ebenso können sich die Teilnehmer darauf in das lokale Nachtleben stürzen. Die Jungfreisinnigen Thurgau und St. Gallen sind überzeugt, ihren Gästen ein überzeugendes Programm bieten zu können – zwar nicht ganz fernab von Mostindien und Olma-Bratwurst, aber trotzdem hoffentlich mit einem etwas tieferen Einblick in die Ostschweiz. ■

Veranstaltungen

Kongress-Programm 2002

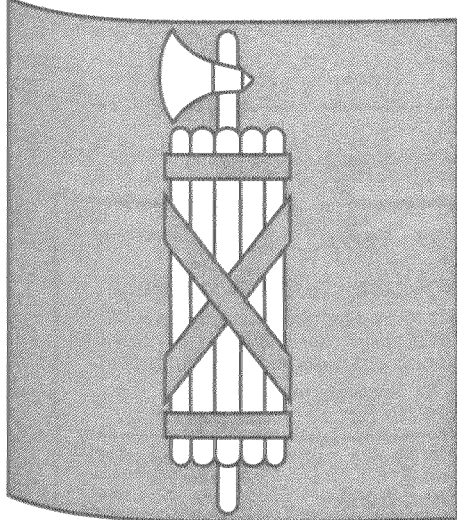
Thurgau und St. Gallen

Samstag, 16. März 2001

- 11.00 Uhr Eintreffen in Romanshorn, Hotel Inseli
- 12.30 Uhr Begrüssung durch **Ernst Mühlemann** FDP/TG
- 13.00 Uhr Workshops zum Thema Liberalisierung
- 14.00 Uhr Pause
- 14.30 Uhr Podium mit:
Gerold Bühler,
NR und Präsident der FDP CH
Philipp Stähelin,
SR und Präsident der CVP CH
Peter Spuhler,
Nationalrat SVP/TG
- 16.00 Uhr Besichtigung der Thurella, Bischofszell
- 19.30 Uhr Nachtessen in St. Gallen

Sonntag, 17. März 2001

- 11.00 Uhr Begrüssung durch **Peter Weigelt**
- 11.00 Uhr Eröffnung des Kongresses durch **Daniel Helfenfinger**, danach offizieller Kongress der Jungfreisinnigen Schweiz im Grossratssaal St. Gallen
- dazwischen Mittagessen



Nachhaltigkeit ist für die FDP keine leere Worthülse

Ja zur Standesinitiative für grossräumige Umfahrung

Der Grosse Rat des Kantons Luzern hat sich an seiner zweiten Session im Januar unter anderem auch mit Verkehrsproblemen befasst. Mit grossem Mehr hat das Parlament die Regierung beauftragt, in Bern zwei Standesinitiativen einzuzeichnen. Die eine verlangt eine grossräumige Umfahrung des Raumes Luzern, die andere fordert Infrastruktur-Ergänzungen für den Bahnverkehr. Was Luzern anstrebt, könnte auch für andere Regionen Vorbild sein.



Ernst Blaser, Mitglied der Verkehrs- und Baukommission der FDP Kanton Luzern.

emk. Es gehört zu den wichtigen Aufgaben der FDP des Kantons Luzern, sich mit Verkehrsfragen und den damit in Zusammenhang stehenden Problemen zu befassen. Die zunehmende Verkehrsfrequenz in Stadt und Agglomeration Luzern macht den Parteiverantwortlichen – und nicht nur ihnen – schon lange Sorgen, und die Furcht vor einem Verkehrskollaps steigt. Eine Motion von FDP-Fraktionschef Peter Brunner hat die Regierung verpflichtet, dem Parlament eine Botschaft für eine Standesinitiative zur Umfahrung des Raumes Luzern für den Nord-Süd-Verkehr zu unterbreiten. Diese wurde in der Januar-Session behandelt.

Nicht losgelöst voneinander

Ernst Blaser (Littau), Mitglied der Verkehrs- und Baukommission der FDP Kanton Luzern, führte als Sprecher aus, dass es für die FDP kein Auspielen zwischen öffentlichem und individuellem Verkehr gebe. Die beiden Verkehrsträger dürften nicht losgelöst voneinander behandelt werden, eine Gesamtstrategie sei unerlässlich. Die FDP stelle sich klar hinter eine Verkehrsentslastung der Agglomeration mit ei-

ner Umfahrung des Raumes Luzern für den Transit- und Binnenschwerverkehr. Damit könne Raum geschaffen werden für den öffentlichen Bus- und den unumgänglichen Berufs- und Zubringerverkehr.

Zeichen setzen

«Wir dürfen unsere Augen vor der zunehmenden Mobilität nicht verschliessen», sagte Blaser. Wenn man den Prognosen nur zur Hälfte Glauben schenken wolle, müsse alles unternommen werden, um

die Grundsätze einer nachhaltigen Entwicklung in die Tat umzusetzen. «Wir von

der FDP wollen jetzt und heute ein Zeichen setzen für unseren Kanton und nicht zuletzt auch für einen lebenswerteren Wirtschaftsraum Zentralschweiz.» Die bürgerliche Mehrheit folge dem Antrag Blasers. Der Kanton Luzern beantragt deshalb der Bundesversammlung, im Interesse der Verkehrssicherheit und des Verkehrsflusses auf der Nord-Süd-Achse A2 die Planung einer Umfahrung des Raumes Luzern oder anderer gleichwertiger Massnahmen in die Wege zu leiten und diese als Bestandteile des Nationalstrassennetzes zu erklären.

Öffentlicher Verkehr

Ganz im Sinne der Nachhaltigkeit, «keine leere Worthülse für die FDP», wie Blaser ausführte, fand auch die Botschaft zur Standesinitiative betreffend Infrastrukturergänzungen für den Bahnverkehr im Raume Luzern Zustimmung. Auf dem vorhandenen Schienennetz könne mit zusätzlichen Haltestellen und leichtem Wagenmaterial relativ schnell aufgerüstet werden, betonte der FDP-Sprecher.

Anzeige

Internet: www.schwefelberg.ch E-Mail: info@schwefelbergbad.ch

Fangokuren in der Schweiz!

Schwefelberg-Bad ist ein anerkanntes Heilbad und verfügt einzig in der Schweiz über frischen Naturfango aus eigener Schwefelquelle

Schwefelberg-Bad:
ideal für Kur, Sport und Ferien!

★★★★
Romantik Kurhotel **erg** **Schwefelbad**

CH-1738 Schwefelberg-Bad/BE
Telefon 026 419 33 66
Fax 026 419 24 08

Neugestaltung des Finanzausgleichs

Der Ressourcenausgleich: Was ist das?

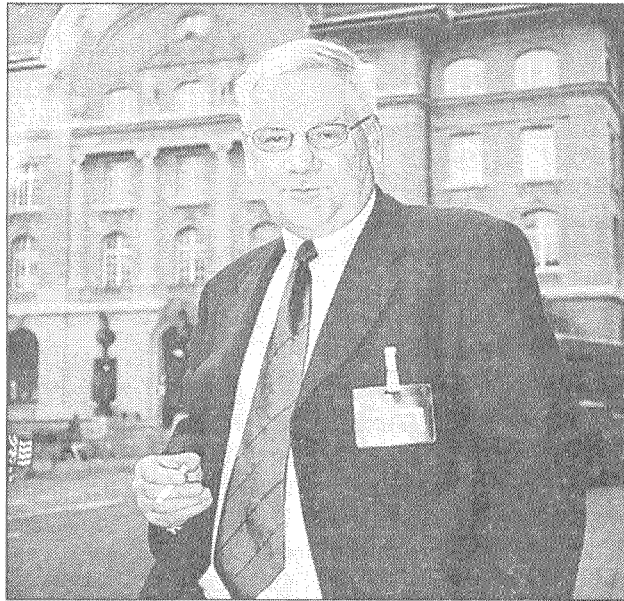
Eines der zentralen Elemente des NFA wird der Ressourcenausgleich sein. Dieses neue Finanzausgleichsinstrument beruht auf dem an sich einfachen Gedanken, dass die «finanzielle Potenz» jedes Kantons daran gemessen werden kann, welche Einnahmen er erzielen könnte. Diese Einnahme-Potenziale sind vielfältig: Mögliche Erträge aus Konzessionen, Regalen und dem staatlichen Vermögen, Gewinne staatlicher Unternehmungen; vor allem aber Einnahmen aus der Vielfalt möglicher kantonaler und gemeindlicher Steuern.

Von Ständerat
Rolf Schweiger, Zug

Der NFA beschränkt sich (vorerst?) auf das Einnahmepotenzial aus den wichtigsten Besteuerungsmöglichkeiten, nämlich aus den Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen sowie den Gewinnen der juristischen Personen. Im Einzelnen erfolgt die Berechnung von deren fiskalischer Ausschöpfbarkeit wie folgt:

- Vom Roheinkommen wird nur derjenige Anteil erfasst, der über den Abzügen gemäss Bundessteuer und einem Freibetrag von Fr. 23 300.– liegt.

- Beim Vermögen wird der Vermögenszuwachs berücksichtigt, wobei man derzeit davon ausgeht, dass dieser jährlich 1,6% des Vermögenswertes betragen dürfte.
 - Vom Reingewinn juristischer Personen kommt in Abzug, was an in der Schweiz domizilierte Holdings ausgeschüttet wird. Der Reingewinn steuerlich privilegierter Holding- und Verwaltungsgesellschaften wird nur in beschränktem Umfang berücksichtigt.
- Diese drei Besteuerungspotenziale werden addiert und durch die kantonale



Rolf Schweiger

Bevölkerungszahl dividiert. Alsdann wird ermittelt, welche Kantone mit ihrem Steuerpotenzial über und welche unter dem schweizerischen Mittel liegen. Die einen werden zu Geber-, die andern zu Nehmerkantonen.

Die Geber und Nehmer

Die (derzeit) sieben Geberkantone haben als horizontalen Finanzausgleich den

Nehmerkantonen jährlich eine Milliarde zu bezahlen. Zusätzlich erhalten die Nehmerkantone vom Bund als Teil des vertikalen Finanzausgleiches weitere 1,4 Milliarden. So soll gewährleistet sein, dass alle Kantone über eine gewisse finanzielle Mindestausstattung verfügen. (Für Sonderlasten werden vom Bund zusätzlich 550 Millionen ausgeschüttet.)

Berücksichtigung der strukturellen Besonderheiten

Politisch tauglich und aus freisinniger Sicht akzeptierbar wird der Ressourcenausgleich dann sein, wenn bei dessen Ausgestaltung die strukturellen Besonderheiten aller Kantone eine angemessene Berücksichtigung finden, ein gesunder Steuerwettbewerb gewährleistet bleibt und die internationalen Standortvorteile der Schweiz nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Dazu muss kommen, dass für die Kantone die Intensität ihrer Belastung und Entlastung längerfristig planbar bleiben muss, «Sprünge» in den Ansprüchen an die Geberkantone deshalb ein noch zu bestimmendes Mass nicht überschreiten dürfen. Dies ist institutionell abzuschern.

Verantwortung fördern

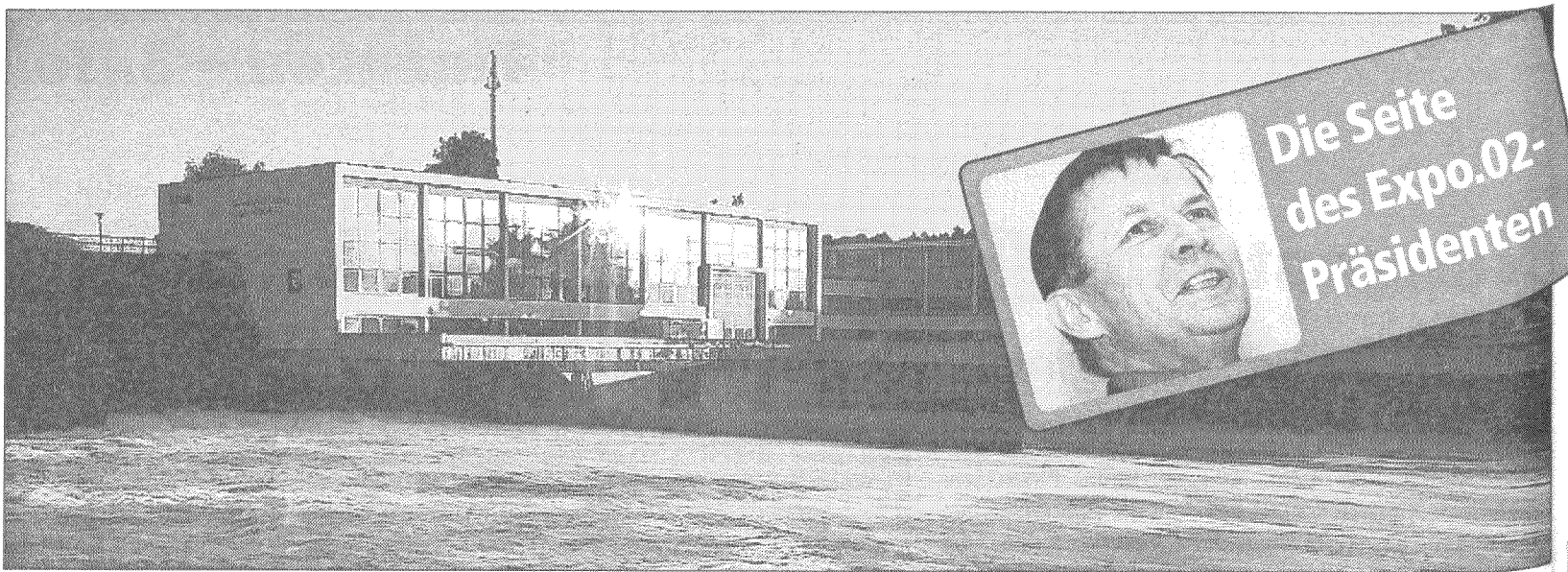
Andernfalls besteht die Gefahr, dass das, was andernorts die Folgen eines übertriebenen Finanzausgleiches sind, auch die Schweiz trifft; nämlich die Tendenz, dass wegen der Nicht-Verantwortung für die Einnahmen die Ausgaben ungebremst in die Höhe schnellen. Opfer hiervon wären nicht nur die Geberkantone. Opfer einer solchen Entwicklung wären insbesondere vorerst der Bund und mittelfristig auch alle Nehmerkantone. Solches können wir vernünftigerweise nicht wollen.

Plakatieren nicht vergessen

Es zeigt sich vor Wahlen oder Abstimmungen immer wieder, dass die Plakataushängestellten von den politischen Gegnern bereits früher reserviert wurden. Es ist darum wichtig, sich bereits in einer frühen Phase um diese Plakat-

stellen zu kümmern. Hinzu kommt die Tatsache, dass «wer zuerst reserviert, sich zudem die besten Plätze aussuchen kann».





Jura: Sinn und Bewegung

Ein Schiff wird kommen – und was für eines

Eine weisse Kiesbarke, wie Eman sie noch nie gesehen hat: Die Arteplage Mobile du Jura (AMJ) ist wunderbar und unberechenbar zugleich. Und dies nicht bloss wegen ihrer drei Greifarme oder des leuchtend roten Frachtcontainers, der ihr Herzstück bildet. Auch die Veranstaltungen und Ausstellungen an Bord zünden unter dem Motto «Sinn und Bewegung» ein ständiges Feuerwerk an Überraschungen. AMJ – ein Piratenschiff der Phantasie.

Man liebt sie. Oder nicht. Dazwischen: nichts. Denn die Arteplage Mobile du Jura lässt niemanden kalt. Dafür ist sie zu eigenwillig, zu schillernd, zu seltsam. Kurios schon das Äussere: drei Greifarme, die wie Tarantelbeine in den Himmel stechen. Nachts beleuchten ihre Scheinwerfer das 37 Meter lange Gefährt und suchen die Umgebung ab. Entlang der Reling schützt ein hoher Gitterrost das Zentrum, einen roten Frachtcontainer. Umgestaltet nach einem Designkonzept des Pariser Büros Mésarchitecture, hat sich die alte Kiesbarke «La Poissine» in einen multifunktionalen Aktionsraum für 120 Passagiere verwandelt. Als schwimmendes, variables Werkzeug verändert die AMJ ihre Gestalt entsprechend dem Klima oder den wechselnden Anforderungen des Betriebs. Je

nach Wind und Wetter, je nach Auftritt und Attraktion wird die rote Box auf- und wieder abgebaut. So reicht die Palette der Maskeraden vom Videostudio und Gesprächsforum über eine Sendezentrale, Theaterbühne oder Galerie bis hin zur Lounge und zum Kunst-Happening. Es wird Vollmondfahrten und Disconächte und aus Debatten Parties geben. Und die Bar im Heck wird zum ständigen jurassischen Treffpunkt.

Sicher ist: Sicher ist nichts

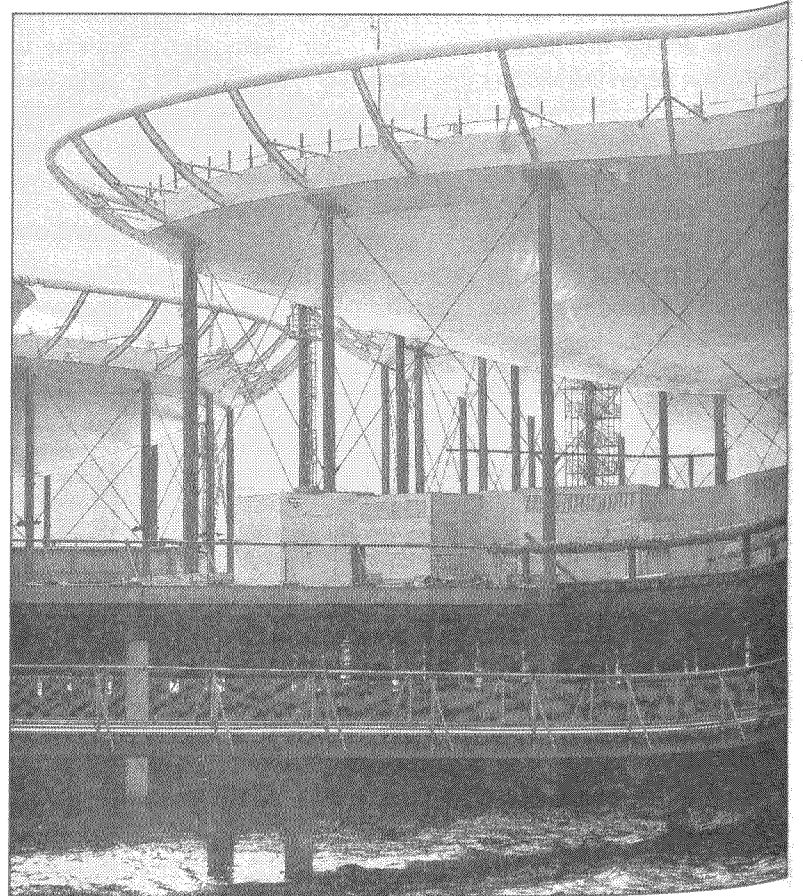
Zwar hat die AMJ an jeder anderen Arteplage eine Anlegestelle. Doch von Festlegen keine Spur. Als modernes Piratenschiff kreuzt sie jederzeit, niemals überall, nirgends auf. Mal ist sie geschlossener Frachter, mal gedeckte Plattform zum Sonnenbaden. Der Fahrplan variiert – vielleicht sind die abenteuerlustigen Gäste eine Stunde an Bord. Vielleicht aber auch eine Nacht. Was sicher ist: Sicher ist vor der Arteplage Mobile du Jura nichts und niemand. Alles, was sich um sie herum bewegt, interessiert sie. Sie hört zu, berichtet und kommentiert das Leben im Land poetisch bis unverschämt. Sie scheut sich nicht, Wellen zu schlagen. Und dies nicht nur auf den drei Seen, auf denen sie verkehrt. Sie fischt auch in trübem

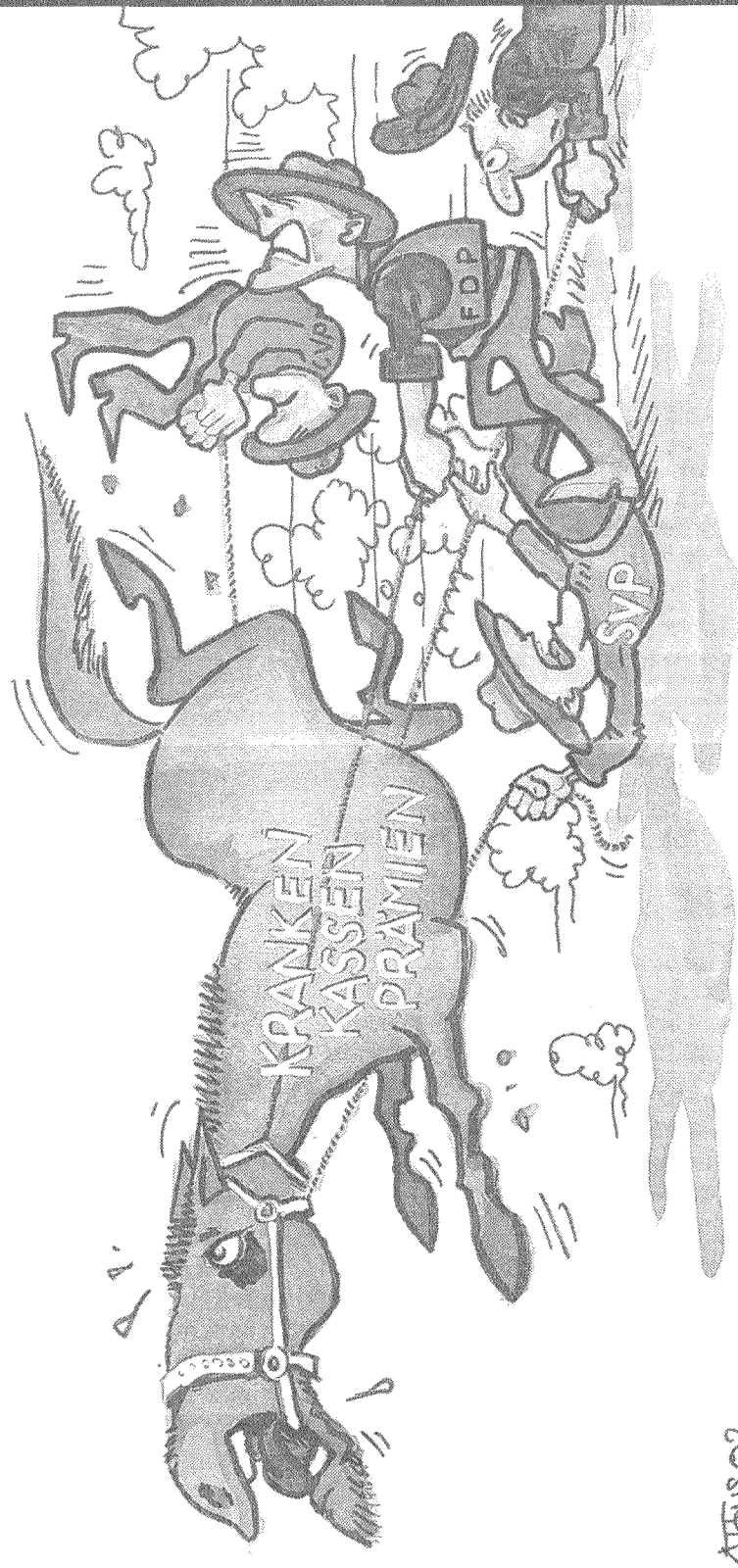
Wasser und nimmt alle Expo-Themen pointiert aufs Korn.

Der laufend wechselnde Veranstaltungskalender zählt zu den weiteren Merkmalen des Jura-Schiffs. Daher gibt es weder fixe Öffnungs- und Betriebszeiten noch gleich bleibende Veranstaltungsdauern oder konstante Besucherzahlen. Das Programm ist ein Buch in sieben Kapiteln unter

sieben Siegeln der Verschwiegenheit. Nur so viel: Jedes Kapitel erstreckt sich über drei Wochen. Es treten auf: Galionsfiguren, Helden, Antihelden, Tiere, Kinder, historische Figuren, Prominente und Menschen wie du und ich. Im Fleisch und Blut, als Phantome, auf Bildschirmen. Und wer die AMJ verpassen sollte, findet sie im Netz. Die Website www.amj.ch bietet mehr als bunte Bilder: Geschichten aus dem Schiffsalltag, feine Denkanstösse und rüde Polemik, Hintergrund und schnellen Witz, Ironie mit Melancholie.

Marcel Marti





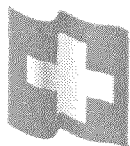
Karikatur Andreas Töns

Abseits zu stehen bringt heute nichts mehr.

Für unsere Interessen kämpfen, da wo die ganze Welt entscheidet.

Abseits stehen kostet uns letztlich mehr als Mitgliedschaft und Stimmrecht in der UNO.

Wir sind und bleiben neutral. Wie andere neutrale Staaten in der UNO auch.



Im Gegensatz zum EU-Beitritt

oder NATO-Beitritt berührt die UNO-Mitgliedschaft die Souveränität der Eidgenossenschaft nicht.



Unsere Neutralität,
unsere Demokratie,
unser Föderalismus,
unsere Gerichtshoheit

bleiben mit dem UNO-Beitritt gewahrt.

Kein Land muss Truppen stellen!

Alle UNO-Mitglieder sind frei, ein Sonderabkommen für Hilfstruppen abzuschliessen oder nicht (UNO-Charta Art. 43, Absatz 3).

Die Behauptungen der UNO-Gegner klar widerlegt

1. Kosten sind verhältnismässig

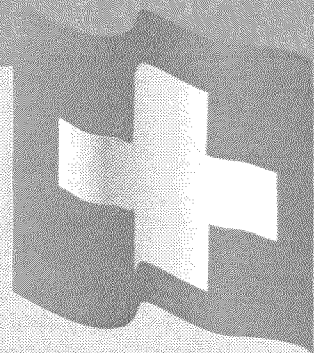
Vollmitgliedschaft und Stimmrecht kosten uns ca. 70 Mio. Franken – das entspricht unserer wirtschaftlichen Bedeutung. Dafür bringt allein der UNO-Standort Genf unserem Land ca. 3 Mrd. Umsatz und 40'000 Arbeitsplätze. Und die UNO kauft in der Schweiz für 240 Mio. Franken ein!

2. Volksrechte werden nicht angetastet

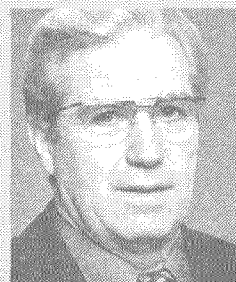
Die UNO kann keine nationalen Gesetze anordnen. Sie gibt nur Empfehlungen ab. Diese werden von unserem Parlament beraten; das letzte Wort bleibt beim Volk.

3. Kein Diktat der Grossmächte

Nur gegen 11 von 3951 UNO-Beschlüssen ist seit 1990 ein Veto erhoben worden. Mit dem Veto kann nur ein Entscheid blockiert, aber nicht aufgezungen werden. Das Vetorecht dient dazu, die Grossmächte einzubinden.



«Die Schweiz ist selbstbewusst genug, um auch in der UNO ihre Neutralität durchzusetzen.»



Karl Tschuppert
Nationalrat LU

«Unsere Neutralität ist in der UNO ein Plus: Die UNO stützt sich regelmässig auf Vermittlungsdienste ihrer neutralen Mitglieder.»



Edi Engelberger
Nationalrat NW

Ja zur Schweiz Ja zur UNO

www.schweiz-ja-uno.ch

Co-Präsidium: Karl Tschuppert, Nationalrat FDP/LU; Maximilian Reimann, Ständerat SVP/AG; Toni Eberhard, Nationalrat CVP/SZ; Ulrich Fischer, Nationalrat FDP/AG; Heinrich Estermann, Nationalrat CVP/LU; Hanspeter Seiler, Nationalrat SVP/BE; Postfach · 6010 Kriens 2 · PC-Konto 60-771089-8